

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubauerstr. 1/8, und durch Korrespondenten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte, 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Beiträge für die einpaltige Kolonial- oder deren Raum 30 Pf. Auswärtige Posten 40 Pf. Druckpreis unter Zugl. 1 Pf. Anzeigen für Arbeitsmarkt 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins-Veranstaltungen-Anzeigen 15 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Freitag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 125.

Breslau, Sonnabend, den 31. Mai 1913.

24. Jahrgang.

Arbeitslosenversammlung und Polizeizeitaten in Breslau.

Zubelfeier, Massenbesuch, Ausstellung, Kongresse, alles Dinge, bei deren Erwähnung das Herz des gewerbetreibenden Bürgers unserer Stadt höher schlägt. Für ihn haben diese Namen einen goldenen Klang; sein Welken blüht. Abwärts aber steht die ungeheure Schar der Lohnarbeiter, hungernd und darbernd. Schon längst sind die Ausstellungsbauten dem Verfall übergeben. Die fleißigen Hände, die sich draußen in Schweiß vom frühen Morgen bis zum späten Abend regten, sie müssen jetzt fesseln, denn gering ist in diesem Jahre die Beschäftigungsmöglichkeit. Ein seit langen Jahren unvorhergesehener Arbeitsmangel lastet fast auf allen Berufen. Besonders im Baugewerbe ist die Zahl der Feiernden unheimlich hoch, trotz des Frühjahrs, das gewöhnlich eine Besserung der Verhältnisse bringt. Wohl ist in keiner Großstadt Preußens der Mangel an Arbeitswohnungen so groß, wie in Breslau, aber wenigen Kapitalisten fällt es ein, ihr Geld in Häuserbauten festzulegen. Man hat andere Verwendung dafür, die mehr Gewinn verspricht. Da kümmert den Besitzenden die Wohnungsnot ebenso wenig als die Arbeitslosigkeit. Sei es um Vorteil ist maßgebend, nur von ihm läßt er sich leiten.

Und wie im Baubetriebe, so sieht es auch in anderen Industrien. Unheimlich, riesenhaft ist die Zahl unserer arbeitslosen Mitbürger, entschlich die Not unzähliger Familien. Davon gab die Versammlung, die am Donnerstags nachmittag im Gewerkschaftshause Zusammentrat, einen recht deutlichen und packenden Begriff. Weit über 2000 Arbeitslose drängten sich in den weiten Räumen. Der große und kleine Saal, die Galerien und alle Nebenräume waren überfüllt. Deutlicher und ergreifender trat die Not abgesehen von Tausenden, als in dieser überfüllten Versammlung abgehämter Männer, denen die Sorge, was tägliche Brot aus den rauhen, verwitterten Ärgern sprach.

Die harmlose Absicht eines Teiles der Arbeitslosen, durch Auffuchen des Zuhörerraums der Stadtverordnetenversammlung den dort versammelten Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten ihre Not augenfällig zu zeigen, führte zu den üblichen Eingriffen und gewaltigen Anstrengungen der Polizei, wie wir sie in Breslau gewohnt sind. Hinter kleinen Trupps von Arbeitslosen, 20 bis 30, die nicht einmal geschlossen, sondern in losen Gruppen still und friedlich durch die Straßen pilgerten, galoppierten berittene Schutzleute wie hinter Landesfeinden einher, und in der Erregung über diese Eingriffe, als die Schutzmannspferde selbst auf dem Trottoir herumspangen, schoß ein junger, unreifer Bengel eine Pistole ab und tat dadurch den Arbeitslosen den schlimmsten Gefallen, den sie ungefähr erweisen bekommen konnten. Es soll sich um einen achtzehnjährigen Bader handeln, der nicht arbeitslos ist; seine Waffe soll eine Radfahrpistole gewesen sein, die niemanden verletzen konnte. Das ist aber gleichgültig. Die Sache ist gleichermäßen unentschuldigbar, und der erregte junge Mann wird seine unüberlegte Tat, die obendrein zu einer Menge anderer Verhaftungen führte, schwer zu büßen haben.

Über den Verlauf der Versammlung geht uns folgender Bericht zu:

Die Versammlung.

Nur vor 1/4 Uhr eröffnete Stadtm. Philipp die überaus stark besuchte Versammlung. Genosse Seibold sprach über die Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit. Im Bürgertum, führte er aus, gebe es Leute, die allen Ernstes glauben, wer Arbeit sucht, der werde auch solche finden, ja, man gehe soweit, zu behaupten, daß die Arbeitslosenversicherung eine

Brämie auf die Faulheit

wäre. (Entrüstete Zurufe.) Man bezeichnet die Arbeitslosen einfach als Müßiggänger, die nicht arbeiten wollen. Solche Leute wußt man entweder als verständnislos oder als herzlos bezeichnen.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen unstreitig in der kapitalistischen Produktionsweise, die Produktion habe eine ungeheure Steigerung erfahren. Die maschinelle Technik abhörbare hunderttausende Arbeitskräfte. Was wäre unter diesen Umständen natürlicher, als die Arbeitszeit zu verlängern, aber dagegen wehren sich die Industriellen und Gewerbetreibenden. Die Arbeitslosigkeit ist die natürliche Folge. Eine andere Ursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit seien die Balkanvölker, die Industrie, Handel und Gewerbe beunruhigen. Das ganze Wirtschaftsleben liege brach. Dazu kommen die neuen ungeheuren Forderungen für Militär und Marine. Die Kapitalklassen, die hierfür verwendet werden, gingen für kulturelle Zwecke verloren. Leider gebe es keine amtliche Statistik über die Zahl der Beschäftigungslosen. Man zählt die Pferde, das Vieh und alles andere, nur die Arbeitslosen zählt man nicht. Man will das Elend und die Not nicht sehen. Man will haben wir keine Zahlung. Damals bezifferten sich die Arbeitslosen auf 519.640. Seit dieser Zeit dürften sie sich verdoppelt und verdreifacht haben. Eine Unsumme von Geld hat die Arbeitslosigkeit verursacht, und trotzdem von keiner Seite eine Hilfe. Der Staat wälzt die Last auf die Gewerbetreibenden, diese erklären, nichts tun zu können und halten den Staat für den Alleinverantwortlichen. Seit 1911 ist auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtparlament eine

Studienkommission

eingesetzt, die über Mittel und Wege beraten soll, wie dem Elend abgeholfen sei. Die Kommission studierte noch immer, sie kann kein Mittel finden. Aber jetzt hat die Stadt zu Ehren des Kaisers 300.000 Mark bewilligt. Würde es nicht besser sein, wenn man mit dieser Summe einen

Kaiser-Wilhelmfonds für die Arbeitslosen

gründete? (Anhaltender, stürmischer Beifall.) Es sind doch nicht bloß die arbeitslosen Männer, nein tausende von Frauen und Kindern seufzen unter dem Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit. Die allgemeine Ortskrankenkasse hatte im April d. J. 1323 Mitglieder weniger, als zur selben Zeit im Jahre 1912 und die Fabrikarbeiterklasse 1150 weniger.

Die Arbeiter, die heute der Organisation und der sozialdemokratischen Partei fernstehen, sollten nicht säumen, ihren Beitritt zu erklären, das Arbeiterblatt lesen, damit sie Mitstreiter im Kampfe um das tägliche Brot werden. (Lebhafter Beifall.)

Es folgte eine Aussprache, in der die armen Leute ihre Not klagten. Sie verlangten, daß die auswärtigen Arbeiter die Stadt verlassen sollen. Seibold bemerkte dazu, die Arbeitslosigkeit sei keine lokale, und darum wäre es grausam, die Fremden von der Scholle zu weisen. Herr Wöhner vom Gewerkschaftsrat schlug in einer Resolution vor, das Kartell möchte sich mit den anderen Organisationen in Verbindung setzen, um gemeinschaftlich vorzugehen. Philipp erwiderte, er hoffe, daß sich der Gewerkschaftsrat und der christliche Verband der Resolution der freien Gewerkschaften anschließen werde. Folgende Resolution wurde darauf angenommen:

„Über 2000 Breslauer Arbeiter, meist Familienväter, die sich in der besten Jahreszeit ohne Arbeit und ohne Verdienst sehen, besuchen den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung, Mittel zu ergreifen, um ihre Notlage ändern zu helfen. Sie bitten, die Arbeiter der Kommission für die Vorbereitung der kommunalen Arbeitslosenversicherung zu beschleunigen und zur Sicherung der augenblicklichen Not eine Summe von 50.000 Mark aus städtischen Mitteln für Notstandsarbeit und Fälle dringender Not aufzuwenden.“

Zum Schluß forderte Philipp die Anwesenden auf, ruhig nach Hause zu gehen und keine Störung zu verursachen.

Die Demonstration.

Schwarz wimmelte es von Menschen in der Margaretenstraße, als die Arbeitslosen nach Schluß der Versammlung das Gewerkschaftshaus verließen. Geraume Zeit wogte die Masse hin und her, ehe sie sich in die Nebenstraßen verteilen konnte. Und auch die vielfach getrennten Gruppen waren noch so stark, daß sie dem Verkehrslicht einen ungewohnten Stempel aufdrückten. Den täglichen Passanten und Passantinnen des besseren Bürgerbiertels schien die Menge der anrückenden Arbeiter, die so unerwartet auftauchten, Mißbehagen einzufüllen. Erstamt betrachteten sie die sorgendurchsuchten, verwitterten Gestalten, die arbeitsgeschädigten Gestalten.

Zum Zentrum der Stadt bewogen sich die einzelnen Gruppen zum Stadthause. Diese Tausende Armer, diese durch die Not der Zeit, nicht etwa durch eigenes Verschulden brotlos gewordenen Bürger hatten offenbar das Gefühl, dem Magistrat und den städtischen Behörden einen augenfälligen Beweis ihres Elends und damit zugleich einen Appell von der Not in der arbeitenden Schicht unserer Bürger zu geben. Die Stadtverwaltung, die ja wie es scheint ein allzuoffenes Herz und einen stets gefüllten Geldschatz hat, wenn es sich um bedeutend wichtigere Dinge, manchmal leider nur dekorative Zwecke handelt, sie sollte daran erinnern werden, daß tausende hungernder Bürger seit Jahren auf die Arbeitslosenunterstützung warten. Lange genug hat man die Armen mit Versprechen und schönen Reden abgefickert. Leider sind sie davon nicht satt geworden. Wer wollte es ihnen verargen, wenn sie jetzt dringend fordern, wo scheinbar ihr Bitten nichts nützt? Das Recht, das jeder Kreatur auf Erden gewährt ist, das Recht auf Leben, wird man ihnen wohl nicht verwehren wollen!

Abgesehen von der Polizei im Gewerkschaftshause, die allerdings recht stark vertreten war, konnte man während der ersten Viertelstunde des Marsches sehr wenig von der hohen Behörde verspüren. Nur hier und da erinnerte ein Doppelposten daran, daß irgend etwas Besonderes los sein müsse.

Das Bild änderte sich aber, als die ersten der Arbeitslosen den Ring erreichten. Plötzlich entleerte sich die Polizeiwache im Rathaus. Etwa ein Duzend Schutzleute unter Führung eines Offiziers rückten heraus. Von allen Seiten eilten Wachtleute herbei. Erst ein unschüßiges Durchgehen, dann aber rückten die einzelnen Trupps an die Straßenmündungen. Bald waren die Ausgänge der Ostauerstraße, der Hintermarkt, der Albrechtsstraße und Schmedebrielle durch eine Schutzmannsreihe gesperrt. Das hatte sichtlich zur Folge, daß die Gruppen der Arbeitslosen für eine geraume Zeit am Vorwärtsgehen gehindert waren; aber das war auch der einzige, recht geringe Fortschritt vor polizeilichen Standpunkte. Der recht empfindliche Nachteil aber war die gründliche Unterbindung des Verkehrs in dieser Richtung. Daß der Joch der Absperrung trübend nicht erreicht wurde, bewiesen die Hunderte der Arbeitslosen, die hinter dem Rücken der Schutzleute den Ring und seine Nebenstraßen

besonders die Elsbachstraße, in der sich der Ausgang zum Elbungsallee der Stadtverordneten befindet, erreichten.

Den Stadtverordneten, die oben gerade zu einer Beratung beisammen waren, mag das ungewöhnliche Treiben unter den Fenstern des Sitzungssaales eine ernste Mahnung gewesen sein. Der Augenblick konnte auch nicht günstiger sein. Oben beriet man gerade darüber, ob man ungeachtet der chronischen Leere des Stadtsaales anlässlich des 25 jährigen Regierungsjubiläums

dem Kaiser 400 000 Mark

zur Verfügung stellen wolle. Da läßt von unten herauf das Geräusch der Arbeitslosenmasse, das Getrappel der Schutzmannspferde, die Kommandos der Offiziere. Da unten stand die Menge der Armen, deren Familien zu Hause in Sorge und Elend verkommen. Sie sind stumm, ruhig und besonnen. Nur durch ihr Dasein, nur durch ihren Anblick wollen sie die Stadtverwaltung daran erinnern, daß sie bedeutendere Pflichten hat, die sie bisher veräußert. Die Armen da unten wollen auf das Einlösen eines vor Jahren abgegebenen Versprechens. Schon der achte Teil des Geldes, das hier ausgegeben werden soll, genügt, um manche Not zu stillen. Sollte den Herren oben, die von den Fenstern des Sitzungssaales aus die Vorgänge auf dem Ringe beobachteten, nicht doch das Gewissen ein wenig geschlagen haben?

Die Polizei

behauptete natürlich wieder ihren alten Ruhm, der sie schon weit über Breslaus Mauern hinaus bekannt gemacht hat. Scharf gingen die Schutzleute bei der Säuberung des Ringes vor. Einzelne Uebereifrige zogen sogar ihre Säbel, obwohl das Verhalten der Arbeitslosen dazu durchaus keinen Anlaß gab. Schimpfworte wie: „Strolche, sucht euch Arbeit!“ und anderes wurden den Demonstranten von den Beobachtern zugeufen. Mit einem Eifer, der wahrhaftig einer besseren Sache würdig gewesen wäre, verhaftete man die unglücklichen Familienväter und schleppte sie auf die Polizeiwache. Drei, viermal wurde der Ring „gesäubert“, trotzdem auch nicht das Geringste vorkam, das diese Maßregel rechtfertigte. Die Polizei kann ihrem Ruhmeskranz wieder ein Vorbeerblatt mehr einfügen.

Wird die aus tiefster Not geborene Kundgebung den so schuldlos erwünschten Erfolg haben? Soffentlich. So rüchständig, so empfindungslos kam unsere Stadtverwaltung nicht sein, daß sie diesem tausendfältigen Schrei nach Brot ihr Ohr verschließt. Sie wird gerecht sein und für jene armen Bürger, die den Wohlstand geschaffen haben, sorgen müssen. Wäge sie es bald tun, denn die Not ist groß. Die Klagen dieser Tausende abzuweisen, das heißt, sie zur Verzweiflung treiben. Und wer sollte das verantworten?

Der Polizeibericht

Über die Kundgebung der Arbeitslosen auf dem Ringe lautet: Die Teilnehmer an der Arbeitslosen-Versammlung zogen, trotz der dringenden Aufforderung der Redner, ruhig nach Hause zu gehen, in größerer Trupps nach dem Stadthaus und gelangten schließlich nach dem Ring und dem Blücherplatz. Auf dem ersten machte sich eine Ansammlung von etwa 100 Personen bemerkbar, die von der zahlreich vertretenen Polizei zu Fuß und zu Pferde zerstreut werden sollte. Zunächst suchte die berittene Schutzmannschaft, an ihrer Spitze der Kommandeur Ewald und Kommissar Thiele, die Menge von der Straßenseite des Ringes zurückzudrängen. Als Kommissar Thiele zwischen den Trupps hindurchschritt, um die am dortigen Galopp angeordneten Personen zu verreiben, fiel plötzlich ein Schuß. Kommissar Thiele bemerkte, daß ein Fibiß den Schuß abgegeben hatte, und sprengt auf ihn zu. Da fiel von derselben Person ein zweiter Schuß, der das Pferd des Kommissars verletzete. Darauf kam der Kommandeur herangesprennt, um den Angezeiger festnehmen zu lassen, aber auch auf diesen feuerte der aufgeregte Mensch zwei Revolverschüsse ab, die jedoch beide fehlgingen. Darauf ergreift er die Flucht. Auf die Aufforderung des Kommandeurs an das Publikum, ihn festzuhalten, schienen auch einige Personen Mienen zu machen, den Durchzug zu lassen, wagten es aber doch nicht, weil er den Revolver drohend in der Hand hielt. Nummehr sprang ein unfaulierter Schutzmann hinzu, packte der Angezeiger, entwand ihm den Revolver und führte ihn zur Wache ab. Zugleich hatte sich ein ganzer Trupp von Schutzleuten zu Fuß und zu Pferde auf dem Ring und dem Blücherplatz eingefunden, der bald das Publikum zerstreute. Der selbgenannte Revolverhitzer III in das Polizeigefängnis eingeliefert worden, und, was bei seiner Vernehmung an, er heiße Johann Smietek, sei achtzehn Jahre alt, Wäldergerode, und gehöre nicht zu den Arbeitslosen, was aber erst auf seine Richtigkeit geprüft werden muß. Der junge Mensch ist schwächlich und sieht recht ungesund aus; was ihn zu der verhängnisvollen Tat getrieben hat, wird erst die weitere Untersuchung ergeben müssen. Neben ihm sind noch mehrere andere Personen festgenommen worden, von denen aber die meisten sofort wieder entlassen werden konnten.

Uns wird mitgeteilt, daß die Schüsse nicht aus einem Revolver abgefeuert wurden, sondern aus einer Radfahrpistole. Die Wunde ist nicht ernstlich zu befürchten. Der Wirt des Rathauses, Anton Wittenberg, hat sich, um einen Beser, gegen die Arbeitslosen auf dem Ringe sehr schuldig gemacht. Und ungeachtet war dieser Herr bewußt, der Polizei mit allerhand Hingegerichten an die Hand zu geben, was allgemein ausfällt.

(Weiteres siehe in der Beilage.)

Politische Uebersicht.

Konservative Schmerzen.

Die Nationalliberalen haben zwar für die preussischen Stichwahlen eine schöne und glatte Parole zu Gunsten der übrigen „bürgerlichen“ Parteien ausgegeben, aber die Konservativen sind damit noch keineswegs zufrieden.

Was nicht, so fragt die „Kreuzzeitung“, die schönste nationalliberale Parole gegen die Sozialdemokratie, wenn ihr keine Folge gegeben werden kann? In den bei weitem meisten Wahlkreisen sind doch die Wahlmänner mit den Fortschrittler in gemeinsam aufgestellt, sie nach den beiden Parteien zu trennen, ist gar nicht möglich. Die Fortschrittler aber erheben einfach den Anspruch, daß diese gemeinsamen Kandidaten ihrer Parole folgen. Soll man also die nationalliberale Parole ernst nehmen, dann muß sie sich unabweislich auch gegen fortschrittlich-sozialdemokratische Wahlabsammlungen wenden. In einer solchen christlichen Rundgebung fehlt es aber noch.

Die Nationalliberalen sind also ebenso verächtlich, wie die Fortschrittler. Da ist es doppelt merkwürdig, daß die Konservativen in Ober- und Niederhann nach wie vor mit den einen so gut wie mit den anderen tischelmäßig möheln. Zuerst machten sie den Vorschlag, die bürgerlichen Parteien sollten sich auf zwei konservative und einen liberalen Kandidaten einigen. Nachdem diese Anregung abgelehnt worden ist, wollen sich die Konservativen mit einem Mandat begnügen, während sie die beiden anderen großmütig den beiden liberalen Gruppen überlassen. Das sieht doch wahrhaftig nicht so aus, als wolle man mit den Liberalen keinerlei Gemeinschaft haben.

Konservative Drohungen.

Die Sorge darüber, daß ihnen noch einige Landtagsmandate verloren gehen könnten, treibt die Konservativen dazu, den Nationalliberalen mit offenen Drohungen zu Leibe zu gehen. Im Wahlkreis Brandenburg-Zauch-Belzig stehen den 380 konservativen Wahlmännern 180 fortschrittliche, 174 sozialdemokratische und 52 nationalliberale Wahlmänner gegenüber. Letztere geben bei der voranschreitenden Stichwahl zwischen Konservativen und Fortschrittler den Ausschlag, da die Sozialdemokraten für den Fortschrittler stimmen. Um die Nationalliberalen einzuschüchtern, greift deshalb die „Konservative Korrespondenz“ zu folgender Drohung:

Sollten sich diese geschlossen oder zum großen Teile für die freisinnigen entscheiden, was an sich naheliegender wäre, so würden sie dadurch aber in diesem Falle sanktionieren, was nicht anders wäre, als ein Vorschlag, der doch von der Mehrheit der nationalliberalen Partei in Preußen mit Recht abgelehnt wird. Sie würden dann den Vertretern einer Partei zum Siege verhelfen, die offenkundig im Bündnis mit der Sozialdemokratie steht und würden damit auch zugleich das Schicksal des Wahlkreises bei einer etwaigen Reichstagsnachwahl in Brandenburg-Belzig-Belzig und bei der bevorstehenden Reichstagswahlwahl in Zauch-Belzig-Zückerbog-Ludenwalde aufs Spiel setzen.

Angst zu sein braucht den Nationalliberalen ob dieser Drohung allerdings nicht, denn der Wahlkreis Brandenburg für sie reitungslos verloren und im Wahlkreis Ludenwalde-Zückerbog kommen sie nicht in Betracht, sondern nur Konservativen und Sozialdemokraten. Immerhin ist es aber nicht ohne Interesse, zu registrieren, daß die Konservativen den Nationalliberalen drohen, ihnen künftig in Brandenburg nicht mehr beizustehen, sondern — das ist die logische Konsequenz — die Sozialdemokratie zu unterstützen.

Marokkanische Erinnerungen.

Die „Grenzboten“ veröffentlichen Briefe, die der verstorbene Ribberken-Wächter zur Zeit der Marokkanerkrisis an einen Freund gerichtet hat. Es geht aus ihnen hervor, daß der Staatssekretär des Auswärtigen niemals an eine Festsetzung in Nordwestafrika dachte und mit dem „Panther“ nur spielen wollte. In dem ersten Schreiben, datiert Berlin, den 8. Mai 1911, also etwa sieben Wochen

vor der Entsendung des „Panther“ nach Agadir, findet sich folgende Stelle:

Der Reichstag gönnt mir offenbar den Urlaub nicht, während sie hier schweigen. Heute fragten sie bei mir an, ob nicht eine Interpellation über Marokko den deutschen Interessen nützlich sein und unsere Politik fördern könne. Du kannst Dir denken, daß ich deutlich abgewunken habe. Ich sehe die marokkanische Sache mit Mißtrauen heranziehen; den Franzosen ist dabei sehr unheimlich zu Mut und je mehr wir uns auszusprechen, desto unheimlicher wird es ihnen. Da wäre es doch töricht, jetzt zu sagen, daß wir wegen Marokko nicht vom Vordere gehen, oder, wie wir es bisher taten, uns in Drohungen zu ergeben, die wir nachher doch nicht ausführen. Sie werden schon ohne unser Zutun ein Paar in der marokkanischen Suppe finden.

In einem Brief, Berlin, den 18. Juli 1911, also nach Agadir, heißt es:

... es geht ziemlich lebhaft zu. Ich bekomme Stöße von anonymen oder von unbekanntem unterschriebenen Karten und Briefen mit Zustimmung zu Agadir. Diese amüsieren mich eben so wie die begeisterten Zeitungsartikel — nachher wird das Lamento und Geschwafel um so größer sein. Ich freue mich schon darauf! Denn das führt mir doch nicht ein, Söldnerrolle zu spielen, wo wir außer den Franzosen auch noch die Engländer auf dem Hals hätten und wo wir ständig eine ansehnliche Truppenmacht unterhalten müßten. Da heißt es immer, die Marokkaner empfangen uns mit offenen Armen. Ja, jetzt, wo wir ihnen als Vopanz gegen die Franzosen dienen; aber das wäre gleich anders, wenn wir das Land für uns besetzen wollten, dann hätten wir die gleichen Schwierigkeiten wie die Franzosen und größere, denn wir sind weiter ab und die Verber im Süden sind viel streitbarer als die Araber im Norden.

Das sind an sich sehr vernünftige Erwägungen gewesen. Aber der „Coup von Agadir“ erscheint nach diesen Briefen in seinem günstigeren Lichte. Wir dachten nicht daran ein Stück von Marokko zu besetzen und nichtsdestoweniger wagten wir ein Spiel, das um ein Haar zu einem verhängnisvollen Kriege geführt hätte und jedenfalls unsere Beziehungen zu Frankreich aufs neue verbitterte. Und das alles um des mehr als zweifelhaften Gewinns in Kamerun willen?

Das neue Spionagegesetz.

Der dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf gegen den Verrat militärischer Geheimnisse entpuppt sich als ein Gesetz, das die Aufgabe hat, die Presse zu knebeln und insbesondere zu verhindern, daß Dinge an die Öffentlichkeit kommen, die den militärischen Wachposten unangenehm sind. Auf den Verrat militärischer Geheimnisse werden strenge Strafen gesetzt. Unter Umständen kann auf lebenslangliches Zuchthaus erkannt werden. Zu den militärischen Geheimnissen werden nach dem neuen Gesetz nicht nur Schriften, Zeichnungen und Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, gerechnet, sondern auch Nachrichten, deren Geheimhaltung den militärischen Behörden notwendig erscheint. Wer solche Geheimnisse, also auch Nachrichten, auch ohne den Vorsatz, die Sicherheit des Reiches zu gefährden, an einen anderen gelangen läßt, wird mit Gefängnis oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Auch der Versuch ist strafbar. Wie sich aus der Begründung des Gesetzes ergibt, soll verhütet werden, daß künftig militärische Maßnahmen in die Öffentlichkeit gebracht werden können. Eine Nachricht über die Einführung neuer Patronen z. B. würde zweifellos unter das Gesetz fallen und könnte den Redakteur, der sie bringt, bis zu fünf Jahren Gefängnis kosten. Die Presse würde durch dieses Gesetz auf das allerhöchste gefährdet, denn kein Redakteur kann wissen, ob irgend eine Nachricht, die ihm zugegangen ist, unter dem Begriff „Militärisches Geheimnis“ fällt, und es würde künftig, ehe man solche Nachrichten veröffentlicht, nichts weiter übrig bleiben, als erst bei der in Frage kommenden Kommandobehörde anzufragen, ob die Veröffentlichung gestattet ist. Diese neuen gesetzlichen Bestimmungen sind derart behäblich, daß mit leichter Mühe Vorkommnisse durch welche Offiziere kompromittiert werden, unter Umständen selbst Selbstmordhandlungen, sehr wohl in die Nachrichten gebracht werden könnten, deren Veröffentlichung im militärischen Interesse gelegen ist. Der § 5 des Gesetzes scheint sich gegen Magenschafften a la Krupp wenden zu wollen, denn er bestimmt:

Wer sich vorzüglich ein militärisches Geheimnis ohne die Absicht verschafft, es zu einer die Sicherheit des Reiches gefährdenden Mitteilung zu gebrauchen, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft. Bei milderen Umständen kann auf Geldstrafe bis zu 5000 Mark erkannt werden.

Als die Krupp-Affäre im Reichstage zur Sprache kam, erklärte der Kriegsminister bekanntlich, daß die Vorfälle sich nicht als Landesverrat darstellen, offenbar, weil das seitliche Gesetz nicht genügt. Durch diesen neuen § 5 würde die Handlungsweise der Angehörigen der Firma Krupp, die militärische Geheimnisse auskunftsfähigen im Privatinteresse ihrer Firma, unter allen Umständen zu fassen und eventuell mit drei Jahren Freiheitsstrafe zu ahnden sein.

Auch der § 8 enthält eine ganz ungeheuerliche Bestimmung. Er führt nämlich aus, daß mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden kann, wer in einer Festung, einem Reichstrieshafsen oder einer anderen militärischen Anlage einem Beamten oder einer Militärperson eine unrichtige Angabe über seinen Namen, seinen Stand, sein Gewerbe, seinen Wohnort oder seine Staatsangehörigkeit macht, wenn nicht nach den Umständen die Annahme ausreicht, daß der Aufenthalt an dem Ort mit landesverräterischen Zwecken zusammenhängt. Dann wird bestimmt:

Einer Festung, einem Reichstrieshafsen oder einer anderen militärischen Anlage steht gleich der amtlich bekannt gemachte Sicherungsbereich, sowie Plätze, wo Gegenstände für die Bedürfnisse der militärischen Kriegsmacht hergestellt, ausgearbeitet oder aufbewahrt werden.

In die Praxis überseht, würde das bedeuten, daß ganz Deutschland einem einzigen Festungstrupen gleich geachtet wird; denn diese Vorschriften würde auch auf Ode zutreffen, in denen sich eine Scheune befindet, in der Fougage für die Weeresverwaltung aufbewahrt wird. Die Fassung dieser Bestimmungen ist derart lauschartig, daß wohl nur wenige Orte in ganz Deutschland nicht unter diese Vorschriften fallen würden. Man denke nur, daß einer Festung auch Plätze gleichstehen, wo Gegenstände für die inländische Kriegsmacht aufbewahrt werden.

Eine weitere Bestimmung, die sich gegen die Presse richtet, findet sich in dem § 12, der Freiheitsstrafen bis zu einem Jahre oder Geldstrafen bis zu 1000 Mark androht für den Fall, daß über schwebende amtliche Ermittlungen wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen diese Gesetze ohne Erlaubnis der Ermittlung leitenden Behörde Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen. Unter diesen Umständen könnte schon die Meldung der Tatsache, daß ein Spion verhaftet worden sei, etwa weil er photographiert habe, nach § 12 dieses Gesetzes mit strenger Strafe geahndet werden.

Der Heeresverwaltung war die Kritik an ihren Einrichtungen seit langer Zeit unangenehm, und nachdem in der letzten Zeit eine Menge Spionagefälle vorgekommen sind, so daß die Erhöhung und Verschärfung der Strafen scheinbar gerechtfertigt ist, glaubt man offenbar diese Gelegenheiten benützen zu wollen, auch der Presse einen Maulkorb anzulegen, um zu verhindern, daß Dinge an die Öffentlichkeit kommen, die der Militärverwaltung unangenehm sind. Der Reichstag wird dieses Gesetz genau zu prüfen haben und dafür sorgen müssen, daß diese lauschartigen Bestimmungen unter allen Umständen entfernt werden.

Ein russischer Gewaltstreik vor dem Forum des Reichstages. Der Abg. Dr. Dieckmann hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Jakob aus Myslowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Nissa von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den obersteichischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation im administrativen Wege — angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit — verurteilt worden ist? Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieser deutschen Staatsangehörigen dagegen getan? Was bedeutet der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun? Die Anfrage dürfte heute Freitag bei Beginn der Sitzung beantwortet werden.

Die erste Tagung des neugewählten preussischen Landtages. Eine Korrespondenz meldet: Der neugewählte preussische Landtag, der zum 12. Juni einberufen werden wird, wird voraussichtlich nur drei Tage zusammenbleiben. Am 12. Juni werden sich beide Häuser des Landtages konstituieren, am 13. Juni finden in beiden Häusern die Präsidentenwahlen statt, wobei voraussichtlich die alten Präsidenten wiedergewählt werden dürften, am 14. Juni werden in beiden Häusern des Landtages anlässlich des Regierungsjubiläums des Königs Festreden gehalten. Die Präsidenten des Landtages und gleichfalls des Reichstages werden am 16. Juni vormittags im Berliner Schloß vom Kaiser empfangen werden. Die Vertagung des Landtages auf den Winter wird erst nach den Jubiläumsehrlichkeiten ausgesprochen werden. Legislative Arbeit wird der Landtag in der kurzen Juni-Tagung nicht leisten.

Wahlterrorismus der Kriegervereine. In Grafen hainichen (Prov. Sachsen), wo die Konservativen die dritte Klasse bei der Landtagswahl an die Sozialdemokratie verloren, haben die Patrioten einen Nachwahlkampf eröffnet. Mitgliedern des Kriegervereins, der „natürlich ganz unpolitisch“ ist, wurde vom Vorstehenden folgendes Schreiben zugestellt: „Wir wurde in Erfahrung gebracht, daß Sie bei der letzten Wahl Ihre Stimme der Sozialdemokratie gegeben

In schlimmen Händen.

Roman von Eric Schiller.

(Nachdruck verboten.)

„Sie sind ...“ Er wollte es im Kopfe festhalten, aber es verschwand immer wieder.

„Sie sind ...“ Er durfte diesen Gedanken nicht fassen lassen, um ihn gehörig durchdenken zu können. Er mußte ihn festhalten, aber er konnte nicht. Er war so matt, es wollte gar nicht gehen.

„Sie sind ...“ fragte keine Lippen noch etwas, denn waren ihm der Schlaf hinderte.

„Das verliert ausgezeichnet“, dachte Frau Engelbrecht, als sie die Kruppe hinstellte. Dagmar hatte recht. Wenn das so ein so war, war es vollkommen überflüssig, vorher lange Redereien zu machen. Sie hatte einen ausgezeichneten Mann bekommen. Wo gab es noch so gute, ehrliche Menschen wie Ludwig Kramm? Das war ein Mann, mit dem eine Frau leben konnte. Das war er wahrhaftig. Man mußte dankbar sein, man mußte den Himmel danken, daß er ihr diesen Mann gegeben hatte. Frau Engelbrecht lebte einen leichteren, freieren Leben zum besten Teil hin. Sie war glücklich zufrieden geworden auf ihre alten Tage.

Es dauerte etwas lange, bis Dagmar ihre Schritte und Fuß selber in Wagen unterbrochen hatte, aber schließlich lag sie da.

„Was ist das alles hier, waschen lassen?“ fragte Frau Engelbrecht.

„Das weißt du.“

„Es ist herrlich.“

„Dagmar, sag mir, was ist das?“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

„Das ist ein sehr schönes Kleid.“

etwas so Stares, Ehrliches, Geruntergekommenes an ihr gewesen.

„Was will sie auf der Straße?“ sagte Dagmar mit einem leichtem Achselzucken.

„Was ist mit ihr? Sie sucht ihren Mann, diesen verfluchten Schweinehund! Ich werde ihn aus dem Hotel hinaus, daß ihm alle Knochen im Leibe zerbrechen!“

In Dagmars Mundwinkel kam das dünne, graulame Lächeln wie ein gräßliches kleines Schlingchen.

Die konnte lange suchen! Der Mann war zuverlässig aufgehoben.

„Es habe Axel wie ein scharfer Stachel ins Herz. Er hatte das Gefühl, als hätte er dieses Mädchen nicht schon früher gesehen? Hatte sie nicht so gelächelt, als sie aus Kiel zurückgekehrt? Als sie gleichmütig und mit leichtem Hohne vor ihm stand, während er sich den Kopf an einer Steinpfeile hätte blutig schlagen müssen, nur um den frecheren Schmeißer in seinem Zimmer zu betören? In dastiger Eleganz lag sie neben ihm, in ihrem Lächeln aber war Gemeinheit. War nicht auch Gemeinheit in dieser Eleganz? Lächelte sie etwa über ihn? Er hatte sich unterworfen, obwohl sie aus den Armen eines anderen kam. Trugte sie zum Triumph nur noch den Hohn?“

„Was ist da zu lachen?“ sagte er rauh und heiser, während er wüthend den Atem zog.

„Mein Gott! — wenn man sich wegen des Klapperlakens in dieser Weise aufregt!“

„Was hat für Worte sind!“

„Er krammelte nervös an die Scheibe.“

„Der Mann nennt sie selber so. Ich habe es von der Marie gehört.“

„Die Marie ist kein Vorbild.“

„Was Du nicht sagst!“ Dagmar war sehr ironisch.

„Ist sie etwa nach Deiner Auffassung ein Vorbild?“

„Dagmar lachte kurz, gereizt, höhlich.“

„Mein Gott, dachte Axel, soll ich der langen Marie nur auch Kameradschaft halten? Soll ich mich unter ihre Füße legen? Ist dieses Mädchen nicht ein solches Wesen, es erwachte ein besonderer Groll; er hatte am meisten Recht, sich durch eine unangenehme Bemerkung zu befreien. Aber der Wagen hielt. Er schloß die Augen.

Dagmar sprach, als sie aus dem Wagen stieg. Axel hat sie den Arm umschlungen und sie hinein. Im schaulustigen Publikum war es ganz still geworden. Es war ein schönes Paar, das man nicht hätte lassen wollen.

Als sie in den Hof trat, starrte Dagmar auf. Sie war wie ein Stein. Sie sprach nicht mehr, nicht mehr und ließ sie sich nicht anreden. Sie sah nur auf den Boden.

„Was ist das?“

„Was ist das?“

„Was ist das?“

„Was ist das?“

„Was ist das?“

„Was ist das?“

„Was ist das?“

ihn möglich, als er ihre Nähe fühlte, obwohl er sie vermüthete.

Es war, als ob die Armbänder, die er eben erhalten hatte, mit einem süßen schmelzenden Streichen hinweggenommen worden. Er wollte sich diesem einschmelzenden Schauer nicht anheimgeben, er vertiefte ihn aber doch.

Der Referendar kam auf sie zu und nun atmete auch Axel freier. Er hatte diesen offenen jungen Mann gern, er freute sich, mit ihm zu plaudern, er fühlte sich wieder sicher, er war wieder in der Welt. Wo war er vorher nur gewesen? Hatte er wirklich neben der langen Marie gesessen? Hatte dieses Frauenzimmer wirklich wagen dürfen, ihn in ihre eigene Schilchtheit hinabzuziehen? Ah, es war ein Traum gewesen, ein wüthiger Traum, ein dunkler Scher! Sie brannten die Nägel, hier schirrten die Stimmen, hier stand er fest auf seinem eigenen Boden. Vielleicht konnte der Abend doch noch lustig werden!

Der Referendar beschwand aus Häufigkeit; er wollte mit den Gefährten die ersten „einleitenden Schritte“ unternehmen, wie er sich auszudrücken beliebte. Axel und Dagmar musterten den Saal.

„Das älteste Fräulein von dem alten Konrad Magnusen ist hier“, sagte Axel, „ich werde mit ihr die Polonaise tanzen müssen.“

„Warum nimmst Du mich mit, wenn Du mit mir die Polonaise nicht tanzen willst?“

„Axel bewachte die Ruhe.“

„Ich bin dem Ganzen seit langem verpflichtet, der alte Magnusen war bereits ein Freund meines Vaters. Ich sehe niemand, der dem Fräulein in gleicher Weise verpflichtet wäre. Sie darf unter keinen Umständen sitzen bleiben. Dann werden Sie mir wohl die Ehre machen, mit mir zu tanzen.“

„Wenn sie so alt ist, kann sie auch sitzen bleiben.“

„Sie sagte es so laut, daß ein vorüberreisendes Paar es hören mußte.“

„Axel blickte sich auf die Lippen.“

„Du verstehst nicht, was für ein schmerzliches Lächeln sie mir zuhehrt.“

„Das wird's wohl sein“, meinte Dagmar und ging am Lächeln hin, wo sie vom Referendar mit Jauchzen empfangen wurde.

„Axel warf einen schnellen Blick im Saale herum. Es war hoffentlich nicht aufgefallen. Sie hatte ihn ohne Gruß stehen lassen.“

„Er stellte sich an einen Pfeiler, wo er annehmen konnte, ungestört zu bleiben.“

haben, was den Wagnissen des Kriegervereinswesens wohl nicht entspricht. Wir bitten um Ihre Erklärung, wenn es nicht der Fall sein sollte, innerhalb 3 Tagen oder sollte es doch der Fall sein, wie Sie als ausgeschlossen vom Verein betrachten müssen von heute ab.

Dieses Schriftstück liefert wiederum den Beweis, daß die Kriegervereine sich politisch betätigen. Dabei kommt es ihnen auch auf ein größeres Quantum Terrorismus nicht an.

Ausland.

Gottes Würfel!

Zum zweiten Mal binnen wenigen Jahren hat sich der österreichische Generalstab als Herd eines Verbrechertums erwiesen, vor dessen abenteuerlicher Grauenhaftigkeit die Welt erschrickt. Für die Unschuld des Hauptmanns Hofrichter, der seine Vordermänner durch Gift zu befechtigen suchte, haben sich Sozialdemokraten jahrelang eingesetzt, weil sie — Optimisten in der Beurteilung der menschlichen Natur — an die Möglichkeit einer so ungeheuerlichen Tat nicht glaubten, bis ihnen schließlich das Geständnis des Generals jeden Zweifel an seiner Schuld vernahm. Dem Generalstabschef des böhmischen Armeekorps, Redl, dessen Selbstmörderleichen ohne militärische Ehren begraben wurde, wird kein Verteidiger ersehen; mit dem Grabe sind auch die Akten über ihn geschlossen. Seit vierzehn Jahren hatte dieser Mann, der unbegrenztes Vertrauen genoß, für den feinsten militärischen Geheimnis verschlossen blieb, und der in allen Spionageprozessen als Sachverständiger des Generalstabs fungierte, gegen Bezahlung von Verratsgeheimnissen und von russischen Bestechungsgeldern das Leben eines mehrfachen Missetätigen geführt. In den kühnen Tagen und Wochen, da sich die russischen und österreichischen Heere auf polnischer Erde zum Schlagen bereit gegenüberstanden, hat der Oberst im österreichischen Generalstab Redl alle Bewegungen der Armeen dem Feinde verraten und es diesem ermöglicht, jeden taktischen Zug der österreichischen Heeresleitung im Voraus durch seinen Geheimgang zu parieren. So offenkundig war das verräterische Spiel, daß es schließlich zur Enttarnung des Verräters führte, der sich als entlarvter Spion durch einen Revolverschuß dem Spruch des Militärgerichts entzog!

Man ist versucht, über den menschlichen Ungeheuerlichkeiten dieses Ereignisses keine noch weit größere politische Bedeutung zu vergessen. Aber es ist keine Zeit, sich bei den Charaktereigenschaften eines Glenden aufzuhalten, wo es sich um die großen Interessen der Völker und der ganzen Menschheit handelt. Oesterreich ist Deutschlands Verbündeter, der österreichische Generalstab kennt die Pläne der deutschen Heeresleitung aufs genaueste, und Redl war — direkt oder indirekt — nicht nur Russlands, sondern auch Frankreichs Spion. Man male sich nun einmal den Fall aus, daß es trotz des verzweifeltsten Widerstandes der Sozialdemokratie über den Balkanereignissen zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Alle Pläne der deutsch-österreichischen Koalition wären von vornherein in der Hand des Feindes gewesen, und wenn nicht außerordentliche Umstände den Verbündeten zu Hilfe kamen, war ihre Niederlage so gut wie gewiß. Juchas hat nun einen Geheimpakt, durch den Verrat des Geheimnisses stelen dreihundert Vorkämpfer. Der österreichische Generalstabschef Redl war bereit, Hunderttausende deutscher und österreichischer Soldaten in die Falle zu locken, sie und die Sache, der sie dienten, der Vernichtung entgegenzuführen.

Auf dem Moskauer-Denkmal in Berlin stehen die Worte: „Gottes Würfel fallen immer auf die rechte Seite!“ Der Sinn dieses Spruches wiederholt sich in allen Reden und Schriften, in denen der Krieg verherrlicht wird. Man nennt den Krieg ein Gottesgericht, verheißt von ihm, daß er wie ein Sturm die Welt von den Dünsten der Sittlosigkeit reinigt, den edelsten, männlichsten Charaktereigenschaften zur Entfaltung verheißt und schließlich durch eine geheimnisvolle immanente Gerechtigkeit den Besseren und Würdigeren zum Siege führe. Gottes Würfel fallen immer auf die rechte Seite!

Der Fall Redl hat uns gezeigt, von welchen Händen diese Würfel mitunter gemischt werden. Wäre es vor ein paar Monaten wirklich zum Schlagen gekommen, und hätte Redl sein Werk im Verborgenen vollenden können, dann hätte „Gott“ gegen Deutschland und Oesterreich entschieden, hätte „Gott“ deutsches Land in die Hände der Russen gegeben, und wie hätten die Russen „Gott“ dankt gebankt. Hätte man aber später einmal die wahren Ursachen des Russen Sieges erkannt, dann wäre der spätere Spruch des alten Krieger: „Der liebe Gott ist immer bei den stärkeren Bataillonen“ reif zur Korrektur gewesen. „Gott“ ist bei den Regierungen, die einen Redl bezahlen können.

In seiner Ungeheuerlichkeit ist der Fall Redl vereinzelt. Und doch ist er nur der Gipfel eines Systems des Landesverrats, der Spionage, des Bestechungswesens, mit dem der ewige Krieg im Frieden ganz Europa überzogen hat. Für Schritte werden in allen Militärabteilungen Europas die höchsten Preise gezahlt. Und ist etwa das korrupte Preußen-Deutschland von dieser moralischen Pest verschont geblieben? Wir haben keinen Redl, aber an kleineren Geistes, denen zu gleicher Größe des Verbrechens nur die Gelegenheit fehlte, haben auch wir keinen Mangel. Und wenn — wie es vor einigen Jahren geschah — Hilfsorgane der preussischen Polizei einen Ausländer durch die erpresserische Drangung mit der Ausweisung zu einem Verräter an seinem Vaterlande zu machen bezüchten, so bleibt solche Schändlichkeit an moralischer Qualität nicht mehr gar so weit hinter dem Treiben eines Redl zurück.

Der Fall Redl stellt nun freilich durch die phantastische Größe seines Verbrechertums alles bisher Erlebte in Schatten. Ein bezahlter Spion, der seit vierzehn Jahren tausendmal das Justizhaus verdiente, war nahe daran, die Vorsehung Europas zu spielen! In seiner, nicht in „Gottes“ Hand, waren die Schicksale der Völker. Werden die Vorkämpfer des Krieges es auch jetzt noch wagen, die namenlose Scheußlichkeit des Verrates mit heiligen Gewändern zu schmücken und ihren Willen zur Barbarei als Gottes Willen zu künden? Und wird es in Preußen noch einmal einen Parlamentspräsidenten geben, der einem Abgeordneten mit der Entzweiung des Wortes droht, weil er nicht davon absteht, den Krieg einen Sohn auf Gott, auf das Christentum und die Menschlichkeit zu nennen? Oder wird man endlich begreifen, daß eine zivilisierte, eine „christliche“ Menschheit andere Mittel braucht, um ihre Streitigkeiten auszugleichen, als die des mittelalterlichen Gottesgerichts! Wäre das Ende des Verräters das Ende des Aberglaubens im Völkerrecht, das Ende der Kriegselende bedeuten, die den Massenmord als den Ausfluß einer höheren Gerechtigkeit verheißt, dann wird auch dieser Glende sich als eine Kraft erweisen, der Böses wollte und doch wider Willen Gutes schuf.

Ein einziger bezahlter Lump kann im Kriege zwei Völker verderben! Wer will noch den Krieg?

Oberst Redl war seit einigen Jahren Dezent in Spionageangelegenheiten. Er hatte als junger Offizier sich längere Zeit im Kaukasus aufgehalten, um dort die russische Sprache zu erlernen. Dort kam er mit verschiedenen Persönlichkeiten aus Russland zusammen. Diese Zusammenkünfte hatten, wie man in

Generalstabskreisen glaubte, den Zweck, russische Pläne zu beschaffen. In der letzten Zeit ergaben sich aber Verdachtsmomente, daß diese Pläne nicht besonders zuverlässig seien, daß vielmehr Redl seinen russischen Freunden Mitteilungen von der größten Bedeutung gemacht habe. In Wien erhielt sich hartnäckig das Gerücht, daß Redl mit den verhafteten Weidmann und Jandriks in Verbindung gewesen sei. Er wurde in der letzten Zeit in Prag wohl wiederholt darüber befragt, doch konnten keinerlei bringende Verdachtsmomente festgestellt werden. Vor fünf Tagen wurde er nach Wien vorgeladen. Er hatte eine Unterredung mit zwei Generalstabsoffizieren und verließ hierauf das Hotel. Wie berichtet, soll er bereits bemacht worden sein. Tatsache ist aber, daß Redl von Prag noch ohne Bewohnungsbescheinigung abgereist sei. Es wird behauptet, daß die Mobilisierungspläne des kaiserlichen Korps verschwinden sollten, und daß Oberst Redl nur aus Gewissenshaftigkeit, weil er diesen Diebstahl nicht verhindern konnte, Selbstmord begangen habe. Festgestellt ist, daß Redl, der aus einfacher Offiziersfamilie stammt, in den letzten Jahren einen auffallenden Luxus betrieb, sich zwei Automobile hielt und ein großes Haus führte. Die österreichischen Militärbehörden haben Andeutungen darüber in der letzten Zeit konstatieren lassen und suchen durch offizielle Demenst überhaupt eine Spionageaffäre in Wrede zu stellen. Man verneint das Gerücht zu verbreiten, daß Redl unnatürliche Reaktionen gezeigt habe, und aus Furcht und Ueberdruß vor weiteren Erpressungen seinem Leben ein Ende gemacht habe.

Ueber den Selbstmord Redls wird folgender Bericht verbreitet:

Oberst Redl, der unverheiratet war, ist nicht mit der Eisenbahn, sondern mit seinem eigenen Automobil am Sonntag in Wien eingetroffen. Im Hotel warteten auf ihn bereits drei Offiziere, mit denen er sich auf das von ihm gemietete Zimmer begab; die Offiziere verließen dann das Hotel. Oberst Redl hatte schon während der Unterredung den geladenen Revolver auf dem Tische liegen. Bei dem Tode wurden mehr als dreitausend Kronen Bargeld vorgefunden. Die Korrespondenzen, die er in seinem Koffer hatte, wurden von den Militärbehörden beschlagnahmt.

Wer den Bericht kennt, daß man Offiziere, die eine schwere Ehrlosigkeit begangen haben, „höflich einläßt“, sich zu erschließen, damit sie dem Gerichtsverfahren und der Verurteilung ausweichen, entnimmt aus dieser Schilderung, daß das bei Redl ebenso gewesen sein muß.

Im übrigen unterdrückt die österreichische Zensur alle Mitteilungen der Presse, soweit sie die Spionage selbst betreffen.

Der Kampf um die französischen Forderungen.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 28. Mai: Mit 386 gegen 165 Stimmen hat die Kammer gestern ein Gesetz ausgegeben, das die Regierung ermächtigt, die Ausgaben zu machen, die durch die Beibehaltung der Masse von 1910 notwendig werden. Nachdem letzte Woche die Beibehaltung selbst eine Mehrheit gefunden hatte, konnte man auch nicht mehr daran zweifeln, daß die Deckungsvorlagen ebenfalls angenommen werden. Zu der gestrigen Mehrheit gehören nicht etwa nur die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit, sondern ausgesprochene Gegner derselben: solche die nur eine kurze Dienstverlängerung wollen und solche die an den zwei Jahren unbedingt festhalten. Nun wäre die Minderheit zweifellos doch größer geworden, wenn nicht die Soldatenmanifestationen einer großen Anzahl von bürgerlichen Radikalen Angst eingejagt hätten: dieselbe Furcht, die Stellungnahme als eine Verleumdung der manifestierenden Soldaten gedeutet zu sehen, welche die meisten radikalen Blätter schon davor zurückhielt gegen den von der Regierung eingeleiteten Hausjuchungsfeldzug zu protestieren, veranlaßte auch viele radikale Abgeordnete nicht gegen die geforderten Kredite zu stimmen. Immerhin haben sich, der überhöhten Atmosphäre zum Trotz, etwa hundert bürgerliche Radikale den Sozialisten angeschlossen. Am nächsten Montag wird die Diskussion über die Hauptvorlage, welche die Wiedereinführung des dreijährigen Dienstes enthält, beginnen: Ueberraschungen sind im Verlauf der Diskussion keineswegs ausgeschlossen. Nebenfalls wird Barthou das Wort, das er am Anfang der Rüstungsdiskussionen einmal sagte: „Was das Prinzip der drei Jahre betrifft, so werde ich unerschütterlich bleiben“, vergessen müssen, wenn er sich am Ruder erhalten will. Ein Teil der Radikalen hatte die Absicht, auf dem Gebiet der finanziellen Deckung einen Vorstoß gegen das Ministerium zu machen, indem sie eine progressive Einkommensteuer auf die Einkünfte, welche 10.000 Franken übersteigen, vorschlagen wollten, während die Regierung in ihrer Vorlage nur von einer Ergänzungssgabe zu der allgemeinen Einkommensteuer redete, die dem Senat als Kammerentwurf vorliegt. Die Regierung hat jedoch den „Streich“ dadurch pariert, daß sie ihre Vorlage änderte und den Vorschlag der progressiven Einkommensteuer aufnahm. Am Donnerstag wird es in der Kammer hauptsächlich schon zu einer Debatte über diese finanziellen Fragen kommen im Anschluß an eine Interpellation, die an die Regierung gerichtet werden soll.

Ein Beitrag zur Charakteristik des russischen Parlaments. In der Dumaaktion am Mittwoch hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Tschcheidze bei der Budgetberatung eine für die orthodoxe Kirche „bedeudende“ Rede. Als ihm hierauf das Wort entzogen wurde, protestierten der Redner und das Mitglied der Arbeitspartei, Kerenky, im Namen der Redefreiheit gegen die Maßregel. Nach weiteren Erörterungen wurde Tschcheidze auf drei und Kerenky auf fünf Sitzungen ausgeschlossen. Infolgedessen verließ die gesamte Opposition zum Zeichen des Protestes den Saal, worauf der Präsident unter dem Beifall der Rechten und der Nationalisten die Sitzung schloß.

Die ergänzenden Dokumente über den Justizpalastskandal. Schneller als erwartet, haben die Vizepräsidenten der italienischen Kammer die Durchsicht der Dokumente erledigt, deren Veröffentlichung ihnen wünschenswert schien, um die Abgeordneten über die Justizpalastaffäre aufzuklären. Die neue Veröffentlichung umfaßt nur 128 Quartseiten und besteht zum größten Teil aus den Verhören der sechs kompromittierten Abgeordneten. In ihnen ist nichts Neues von Bedeutung enthalten. Was die Dokumente betrifft, die von den Gerichtsbehörden beschlagnahmt worden waren, und die dem Vizepräsidenten verweigert übergeben wurden, so wurde einst mit Beschluß, von ihrer Durchsicht abzusehen, weil sie zu den Belegstücken einer Voruntersuchung gehören, und diese nach italienischem Recht geheim ist. Daher befindet sich gerade das Protokoll des Jugendvereins Giannini, dessen Verlesung in der Kammer so große Aufregung hervorrief, nicht unter den veröffentlichten Schriftstücken. Im Grunde ist heute nach dem Ercheinen dieses Ergänzungsbandes der Enquete die Affäre genau auf demselben Fiede, auf dem sie am 10. Mai war, als die Kammer die Diskussion zu verlegen für nötig fand.

Der Papst projektirt um eine Erbschaft. Der im Jahre 1906 verstorbenen Kardinal Tripepi hat sein gesamtes Vermögen, das sich auf einige 100.000 Lire belief, dem Papst hinterlassen. Die Neffen des Kardinals sichten das Testament an und machen dagegen geltend, daß als Erbe nicht die Person des Papstes, sondern der päpstliche Stuhl gemeint ist, da es in der letztwilligen Verfügung ausdrücklich heißt: „dem Papst, Pius X. oder seinem etwaigen Nachfolger“. Der päpstliche Stuhl ist aber nach dem italienischen Recht eine juristische Person und bedarf als solche zum Antritt einer Erbschaft der ausdrücklichen Autorisation der Regierung. Die erste Instanz entschied mit Einmütigkeit der Verwandten des Kardinals, wo-

rauf der Papst die zweite Instanz anrief. Diese hat nun das Urteil der ersten uneingeschränkt bestätigt. Natürlich wird nun der Papst lieber auf die Erbschaft verzichten als die Autorisation der italienischen Regierung einholen. Es ist übrigens das erste Mal, daß der päpstliche Stuhl die zweite Instanz eines italienischen Gerichts anruft.

Gewerkschaftsbewegung.

Einhaltung des Tarifvertrages — eine Bedrohung.

Zwischen dem Unternehmerverband für das Baugewerbe in Chemnitz und dem Zimmererverband besteht ein Tarifabkommen, wonach die Arbeitszeit in den Wintermonaten 7 1/2 Stunden täglich beträgt. Ausgedehnt bis über die normale Stunden-dauer kann diese Arbeitszeit nur werden, wenn besonders im Verträge festgelegte Gründe vorliegen.

Beim Bau eines großen Warenhauses in Chemnitz hat ein zwei organisierte Zimmerer diesen Vertrag verletzt. Der Geschäftsführer der Chemnitzer Zahlstelle des Zimmererverbandes machte, nachdem eine Mitgliederversammlung sich mit dieser Sache beschäftigt hatte, die beiden Mitglieder des Verbandes in ruhiger, sachlicher Weise auf den Tarif und die Konsequenzen ihrer Handlungsweise aufmerksam. Zwei Vertrauensleute des Verbandes, die mit ihnen auf der Baustelle zusammen arbeiteten, wiesen darauf hin, daß die tarifstreuen Organisierten, wenn das tarifwidrige Verhalten (Werkloß gegen die Uebereinbendbestimmung) nicht aufhöre, gezwungen seien, die Arbeit niederzulegen. Nach Verlauf eines Vierteljahres strengten die beiden, nachdem sie aus der Organisation ausgeschlossen waren — der eine hatte vergeblich versucht, wieder in den Verband aufgenommen zu werden — wegen der damals gefallenen Neuregerungen Klage an. Und das Schöffengericht verurteilte die drei Vertrauensmänner des Zimmererverbandes wegen Bedrohung zu je zwei Tagen Gefängnis. — Nach diesem Urteil sind die Funktionäre der Gewerkschaften bei pflichtgemäßer Ausübung ihres Amtes ständig in Gefahr, ins Gefängnis zu wandern. Der Tarifvertrag ist bindend für beide Parteien. Macht jedoch einer, der die Aufgabe hat, den Arbeitsvertrag zu überwachen, den pflichtvergessenen (ein Mitglied seiner Organisation, der er sich freiwillig angeschlossen hat) auf die Folgen seiner Handlungsweise aufmerksam, so wird er wegen Bedrohung ins Gefängnis gesperrt. Die Strafe folgt auf dem Fuße, wenn aus irgend einem Anlaß ein Verärgerter Strafantrag stellt. — Wie soll denn die Einhaltung eines Tarifvertrages bei dem Tarifbrecher erzwungen werden?

Deutsches Reich und Ausland.

Gewerbegerichtswahl in Frankfurt a. M. Bei der am Dienstag vorgenommenen Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht in Frankfurt am Main errang die Arbeitnehmerliste des Gewerkschaftsartikels einen großen Erfolg. Auf sie entfielen 13327 Stimmen, auf die vom christlichen Gewerkschaftsartikel eingereichte Liste nur 1057 Stimmen. Von den 83 Beisitzern erhält die Liste des freien Gewerkschaftsartikels 31 und die der Christlichen 2. — Gegen 1911 gewann die Liste des Kartells der freien Gewerkschaften 2700 Stimmen und einen Beisitzer, die Christlichen behaupteten ihre Stimmengahl, verloren aber einen Sitz. — Weniger günstig schnitt die vom sozialdemokratischen Verein aufgestellte Liste für die Wahl der Beisitzer aus den Reihen der Unternehmer ab. Sie erhielt nur 235 Stimmen und drei Beisitzer gegen 250 Stimmen und vier Beisitzer im Jahre 1911. Die Liste der Innung vereinigte 2484 Stimmen und erhielt 30 Beisitzer. Die Innungsliste hat ihre Stimmengahl um 500 und die der Beisitzer um 1 vermehrt.

Von den Hingeharbiten in Krefeld. Die Krefelder Hingeharbiten zahlen, wie die Lohnzettel ergeben, den von ihrer herbeigezogenen Streikbrechern pro Woche 21 Mk. Lohn und 2,10 Mk. Biergeld extra. Das Alkoholbedürfnis scheint demnach nicht gering zu sein. — Welcher Menschenqualität die Arbeitswilligen teilweise angehören, beweist die Tatsache, daß gegen einen der Arbeitswilligen namens Wagniak, ein Verfahren wegen Raubes bei der Staatsanwaltschaft schwebt.

Hafenarbeiterstreik in Emden. Seit 19. Mai streiken sämtliche im Emden Hafen beschäftigten Arbeiter. Der Streik wurde durch die fortgesetzten Tarifbrüche und Schikanierungen der Unternehmer veranlaßt. Im Hafen herrscht Kirchhofruhe. Inzwischen haben Werdeagenten etwa 250 Arbeitswillige herangekockt. Leute, die ebenfalls der Arbeit nicht gewachsen sind. Der Hafen ist hermetisch abgeschlossen und die ganze Gendarmerteie aus Ostfriesland weilt zum Schutze der Arbeitswilligen in Emden; jedoch fand sich bisher noch keine Gelegenheit für sie zum Eingreifen. Durch ruhiges Ausscharren im Streik werden die Arbeiter den Unternehmern schon den allen Friesentruk ins Gedächtnis rufen und den Kampf zu einem guten Ende führen.

2217/3

Joselli
Vello Gold
QUALITÄT 3 CIGARETTEN

Verantwortlicher Redakteur: Franz Schöberl — Druckort und Druckerei: Druckerei Schöberl, 7. — Verlag: Franz Schöberl, 7. — Preis: 10 Pf. — Abnahme: 1000 Stück — 1000 Stück — 1000 Stück

Von Sonnabend, den 31. Mai ab
für nur einige Tage:

Ausgabe doppelter Rabattmarken

Kaufhaus **A. Robowski**, Gräbschenerstrasse 54.

Zweiggeschäfte: Hohenzollernstr. 2, Gräbschenerstr. 82a, Westendstr. 51, Leuthenstr. 51.

Versammlungen u. Vereine

Achtung! Labararbeiter Breslaus. Achtung!

Montag, den 2. Juni, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17, Kleiner Saal:

Öffentliche Labararbeiterversammlung.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der Frauenarbeit im Gewerksleben. Referent: Kollegin **Berthold-Gärtig**.
 2. Diskussion.
- Alle in der Labarindustrie beschäftigten Arbeiter und namentlich die Arbeiterinnen sind hiermit eingeladen. Der Einberufer. Anschließend findet eine

Mitgliederversammlung

der Zahlstelle Breslau des Deutschen Labararbeiterverbandes statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zu der am 3. August in Heidelberg stattfindenden Generalversammlung. 2. Verschiedenes. [2743] Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Breslau

Achtung! Bauaufschläger. Achtung!

Montag, den 2. Juni, abends 8 Uhr,
im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses:

Branchenversammlung.

Achtung! Bauischlosser. Achtung!

Die Vertrauensmännerversammlung findet Montag, d. 2. Juni, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses statt. [2744] Die Ortsverwaltung.

Konsumverein Einigkeit für Strehlen und Umgegend

(E. G. m. b. H.)

Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr:
im Saale des Herrn Knoll in Strehlen

Ordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Wahl eines auscheidenden Vorstandsmitgliedes.
4. Wahl von 4 auscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Wahl eines freiwillig auscheidenden Aufsichtsratsmitgliedes.
6. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat

J. N.: Johann Warta.

Achtung! Buchbinder!

Der Betrieb der Firma M. Krage & Co., Papierwarenfabrik, ist nach wie vor gesperrt. Sperrebruch ist Streikbruch! [2739]

Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes.

Kranken- u. Begräbniskasse „**Hoffnung**“ e. H. zu Breslau geg. 1877. Unser Mitglied

Herr **Robert Riecoeur**

ist am 28. d. Mts. nach schwerem Leiden, im Alter von 51 Jahren, verstorben. Beerdigung: Sonnabend, den 31. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, von Herrenstr. 26 nach dem Friedhof der Lutheergemeinde in Oswitz. [2742]

Gerstäckers Werke.

Vollausgabe in zwei Bänden, reich illustriert,
in Raten von 50 Pf. (Gesamtpreis 3.70 Mark)

Zu beziehen durch Expedition und Kolporteurs.

Pfänder-Auktion

Mittwoch, den 29. Juni, bis 72152
Versteigerung nur bis 16. Juni
Donnerstag, d. 14. Juni, nachmittags

Pfänder-Auktion
Reichhaus Westendstr. 47 L. [2754]

Pfandleih-Institut

Kreuzburgerstr. 23, Ecke Weinstr.
belehnt Pfänder jeder Art 1706

Frische Rehbrücken

Halbe Rehbrücken von 2-20 Pf.
Halbe Reue
Extra feine Fischbrücken r. 30 Pf.
Sonne Schmeer, gepöckelt von 1.25 Pf. [2750]

C. Valentin

Sandstraße 6.



Wanderer Homannia

erstklassig, stabil und leichtlaufend.

Größerer Posten mit Emailleschler

20-25%
unter Preis.

Wilhelm Homann,
Tanzentziesstrasse 53,
(2. Haus von der Taschenstr.)



Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Ortsgruppe Breslau

Ausfahrten im Juni:

- Sonntag, den 1. Juni: Schalken Rathen, nachm. 2 Uhr Königsplatz.
- Sonntag, den 8. Juni: Jordanmühl, Strehlen, früh 6 Uhr Königsplatz.
- Sonntag, den 15. Juni: Kowitz, nachm. 2 Uhr Königsplatz.
- Sonntag, den 22. Juni: Neumarkt, früh 8 Uhr Königsplatz.
- Sonntag, den 29. Juni: Technik (Veitstetter), früh 7 Uhr Technik (Veitstetter).
- Gemeinsamer Treffpunkt Technik bei Gerthaus.
- Sonntag, den 10. Juli: Meschkeins, früh nach dem Koblen. Bei allen Ausfahrten Gäste willkommen.

Schauspielhaus

Gastspiel der Exl-Bühne

Freitag, 8 Uhr abends zum 1. Male:

„Der ledige Hof“.

Sonntag, 8 Uhr abends:

„Glaube und Heimat“.

Sonntag, 8 Uhr abends:

Gesamt-Gastspiel

des

Lessing-Theaters

in Berlin:

„Das Friedensfest“

von Gerhart Hauptmann.

Montag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Freitag, 8 Uhr abends:

„Die Fingern der Gesellschaft“

von Gerhart Hauptmann.

Reform-Kino

Schmiedebrücke 17/18

an der Kupferschmiedestr.

Vom 30. Mai bis 2. Juni

Der Feigling.

Ein Schauspiel

aus dem bayrischen Hoch-

gebirge in 2 Akten.

Sowie der übrige erstklassige

Spielplan.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Sonntag von 3-5 Uhr haben

auch Kinder in Begleitung

Erwachsener Zutritt.

Jahrhundertfeier

der Freiheitskriege Breslau 1913

Der Hauptausschuss.

Die Aufführung am 31. Mai

beginnt pünktlich um

8 Uhr abends.

Es wird dringend ersucht, die Plätze schon um

7¹/₄ Uhr einzunehmen, da die Zugänge um 8 Uhr

geschlossen werden müssen. Es wird gebeten, in

Gesellschafts toilette zu erscheinen.

Breslauer Nachrichten.

Dreslau, den 30. Mai.

Stadtverordneten-Versammlung.

Nach widerte sich gestern in der Stadtverordnetenversammlung das Beratungsgeschäft unter dem Vorsitz des Justizrats Weuder ab. Die meisten Vorlagen waren so einfacher Natur, daß sich eine Debatte erübrigte. Der Fußgänger-Tunnel unter dem neu zu erbauenden Oberbahnhof soll nach den Schwierigkeiten, die die Eisenbahnbehörde macht, eine recht ungünstige Lage erhalten, nur 135 Meter von der Trebnitzer Straßen-Unterführung entfernt. Dafür erhebliche Mittel anzuwenden, das konnte der Referent Bujakowsky nicht befürworten und Stadtd. Schlich schloß sich diesem Einspruch an. Stadtd. Bielschowsky, der sachlich der gleichen Ansicht, wünscht aber Klärung der Sache im Ausschuss. Die Versammlung beschloß jedoch mit knapper Mehrheit, den Magistrat zu neuen Verhandlungen mit der Eisenbahnbehörde nachzuführen. Bei der Bewilligung von 206.000 Mark für Bodenbewegung zur Auffüllung unebener Terrains im Nordosten der Stadt, ersuchte Stadtd. Zimmer, angesichts der großen Arbeitslosigkeit nur einheimische Arbeiter dafür zu verwenden. Ueber die Verlängerung und Verbreiterung der Rosenthaler und Surzhofer Brücke referierte Stadtd. Heilberg, der die Ueberweisung der Arbeiten an den Bauausschuss empfiehlt. Herr Heilberg ist Anhänger der Vorlage und wünschte eigentlich nur noch technische Prüfung. Die Vorlagen gingen an den Ausschuss.

Eine lange Sitzung mit geheimer Beratung schloß sich hieran; sie betraf eine Subsidiumstiftung für Wilhelm II., auf die wir noch zurückkommen, da ein hiesiges Blatt unwahre Berichte aus der geheimen Sitzung veröffentlicht.

Fußgänger-Tunnel durch den Oberbahnhof.

Nach Verhandlungen des Magistrats mit der Eisenbahnverwaltung soll beim Umbau des Oberbahnhofs ein Fußgänger-Tunnel etwa 135 Meter von der Trebnitzerstraße angelegt werden. Der Berichterstatter Stadtd. Bujakowsky (Konf.) behauptet, daß die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung zu keinem für die Stadt günstigen Ergebnis gekommen sind. Die Schwierigkeiten einer besseren Lösung der Tunnelfrage sind nicht so groß, daß sie nicht beseitigt werden könnten. Ich bitte deshalb zu beschließen, der Magistrat möge Verhandlungen darüber anbahnen, daß der Tunnel an der östlichen Seite des Bahnhofs angelegt werde. Stadtd. Schlich (Soz.): Diese Vorlage bringt uns eigentlich eine Ueberzahlung; der Vorschlag des Magistrats wird abgelehnt und die Eisenbahn-Direktion schlägt uns vor, nur 135 Meter von der Trebnitzer Chaussee entfernt einen Fußgänger-Tunnel anzulegen. Dieser Vorschlag entspricht aber keineswegs den Wünschen der Bewohner dieser Gegend. Wenn schon haben Bedenken gegen die Anlage an der von der Stadt gewünschten Stelle bestehen und technische Schwierigkeiten hierzu die Ursache sind, sollte versucht werden, den Tunnel weiter nach Westen zu verlegen. An der jetzt geplanten Stelle erfüllt der Fußgängerweg keineswegs den erwarteten Zweck. Ich bin aus diesem Grunde ebenfalls dafür, daß der Magistrat erneute Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion anbahnt und zu erreichen versucht, daß der Tunnel an einer zweckentsprechenderen Stelle angelegt wird. An dieser Stelle würde ich eine solche Anlage als völlig verfehlt bezeichnen müssen. Die dafür aufzuwendende Summe von 64.300 Mark halte ich für viel zu hoch, als daß wir sie ausgeben für eine ganz unbedeutende Anlage. Ich hatte die Absicht, die Vorlage an die Ausschüsse zurückzugeben, schloß mich aber dem Vorschlage des Herrn Berichterstatters an, der da wünscht, daß der Magistrat ersucht wird, neue Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion einzuleiten.

Stadtbaurat von Scholz: Wir haben mit der Eisenbahndirektion verhandelt und sie hat uns auf alle Schwierigkeiten aufmerksam gemacht. Entsprechen wir den hier geäußerten Wünschen, so müssen wir auch ein Hausgrundstück ankaufen. Wenn Sie beschließen, nochmals zu verhandeln, so können wir ja das tun, aber ich glaube nicht, daß wir damit der Lösung der schwierigen Frage näher kommen.

Stadtd. Bielschowsky (Lib.): Ich muß den Kollegen Bujakowsky und Schlich zustimmen. Wenn der Tunnel, wie uns vorgeschlagen wird, ausgeführt werden soll, so ist meine Begeisterung für den Tunnel nicht groß, denn er bringt keine großen Vorteile. Ich sehe auch keinen Erfolg darin, nochmals mit der Eisenbahnverwaltung zu verhandeln, und beantrage zunächst, die Vorlage den Ausschüssen 2 und 5 zu überweisen.

Stadtd. Bujakowsky (Konf.) bittet, dem Antrage des Koll. Bielschowsky nicht beizutreten. Ueber den Tunnel herrschen in der Obervorstadt nicht verschiedene Meinungen; allgemein erklärt man vielmehr den Tunnel als dringend nötig. Der Magistrat hat auch, was anzuerkennen ist, versucht, etwas Gutes zu erreichen. Wenn jetzt der Eisenbahnverwaltung neue Vorstellungen gemacht werden, so hoffe ich, daß der gewünschte Erfolg nicht ausbleibt.

Der Antrag des Stadtd. Bielschowsky wird abgelehnt, der des Stadtd. Bujakowsky angenommen.

Auffüllen von Sandreien.

Aus dem Hochwasserflutbett sollen 450.000 Kubikmeter Boden zur Schüttung von Straßenräumen in Leerbeutel und dem Mittelstreifen und zur Aufhöhung von ausgefallenen städtischen Ländereien in Zinipel verwendet werden. Die Kosten betragen 206.000 Mark.

Der Berichterstatter Stadtd. Matz (Lib.) empfiehlt, die Magistrats-Vorlage anzunehmen. Stadtd. Zimmer (Soz.): Wir haben nichts gegen die sofortige Annahme der Vorlage, freuen uns vielmehr, daß wir Gelegenheit haben, mit verhältnismäßig geringen Kosten diese Arbeiten ausführen zu können. Doch wir müssen dabei bitten, mit Rücksicht darauf, daß wir zurzeit in Breslau unter einer großen Arbeitslosigkeit leiden, in erster Reihe einheimische Arbeiter zu beschäftigen.

Die Brücken über die alte Ober.

Der Magistrat beantragt, die Rosenthaler Brücke und die Hundsfelder Brücke über die alte Ober auf die Stadt zu übernehmen und umzubauen.

Stadtd. Heilberg (Lib.) bespricht in längerer Rede den Stand der Sache und meint, die Brücken sehr knapp seien. Trotzdem hätten wir zu einer Verbreiterung vielleicht keinen Grund, wenn nicht bedeutende Veränderungen uns dazu zwingen. Dabei machen wir freilich mit den königlichen Behörden keine guten Geschäfte, wie wohl in den meisten Fällen nicht. Der Magistrat hat beschließen, die neuen Brücken drei Wochen breit herzustellen. Er macht dabei eine Rechnung auf, die mir nicht recht gefallen will. Ich fürchte, sie ist zu rosig aufgestellt. Ueber kurz oder lang brauchen wir die Brücken für einen erweiterten Verkehr, für die Stadt und den Kreis, weshalb dieser auch mehr Zuschuß zahlen sollte. Der Magistrat jagt mit Recht, es sei gewagt, jetzt an den Bau der Brücken heranzugehen, doch in zwei Jahren bekommen wir den neuen Schiffahrtskanal, der bessere Brücken nötig macht. Ich bitte, die Vorlage dem Bauausschuss zu überweisen. Die Versammlung beschließt nach diesem Antrage.

Für die Sprinckerstraße vom Schauspielhaus bis zur Neuen Schweidnitzerstraße wurde eine neue Fluchtlinie festgelegt, deren Notwendigkeit sich aus dem Ausbau der Staatsbahn auf vier Gleise ergeben hat.

Für turnerische Vorführungen an der Jahrhundertfeier sollen 1600 Holzstühle mit Eisenern angeschafft werden, die später den städtischen Turnhallen überwiehen werden sollen. Die Versammlung bewilligte die hierfür in einer Dringlichkeitsvorlage geforderten 1000 Mark.

Von dem Geschäftsbericht der Gräblicherer Straßenbahngesellschaft, die an die Stadt einen Gewinnanteil von 5 Prozent mit 87.669 Mark abzuliefern hat, wurde Kenntnis genommen.

Die Abänderung des Fluchtlinienplanes für die Dopperaner Straße zwischen Kopisch- und Gellert-Straße ging an den Grundeigentumsausschuss.

Der Haushaltsplan der Feuerzweig für 1913 wurde mit 357.200 Mark festgesetzt.

Der Trennung der Verwaltungen des Säuglingsheims und des Kinderhoris wurde zugestimmt.

Zur Umbedeckung des Daches des katholischen Bürgerhospitals zu St. Anna wurden 2800 Mark bewilligt.

Die Erwerbung von Oberstromparzellen am städtischen Bauhofe für 89 Mark wurde genehmigt.

Einigen Fluchtlinienveränderungen in den Bebauungsplänen für die Südvorstadt und Gräblichen wurde zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins beschloß gestern nach zweikündiger lebhafter Debatte mit 506 gegen 134 Stimmen, den Vorschlägen und Abmachungen der preussischen Landeskommission zu den Abgeordnetenwahlen zuzustimmen. Nähere Mitteilungen folgen später.

Das Herschelblatt über die Arbeitslosen.

Wie unglaublich entsteht die literale Presse über die gestrigen Zusammenstöße mit bedauernsmerten Arbeitslosen berichtet, dafür mag folgendes Beispiel aus der „Schlesischen Volkszeitung“ zeugen:

Die „Genossen“ demonstrieren wieder einmal. Sie hatten ihr Donnerstag nachmittags eine Versammlung der Arbeitslosen nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Die Versammlung war natürlich mit Absicht auf den Nachmittag gelegt, an dem die Stadtverordnetenversammlung tagte. Es ging schon am Mittag das Gerücht, daß die „Genossen“ wegen der Beratung über die Stiftung zum Regierungspublikum des Kaisers demonstrieren wollten. Zu der Versammlung hatten sich auch andere „Genossen“, nicht nur arbeitslos, eingefunden. Gegen 5 Uhr bewegte sich denn auch ein Zug sozialdemokratischer Arbeiter zum Rathaus. Als sie in die Elisabethstraße nach dem Teil einbogen, in dem die Stadtverordnetenversammlung tagte, erhielten ein starkes Aufgebot von Schutzmannschaft zu Fuß und zu Pferde. Die Demonstranten wurden nach der Sieben-Türstirnseite des Ringes zu gedrängt. Eine Reihe von Verhaftungen wurden vorgenommen, da sich die Demonstranten weigerten gegen die Polizei zu beugen. Als vor dem Stadtverordnetenitzungsgebäude wieder eine Verhaftung vorgenommen wurde, stürzte ein Trupp von Demonstranten auf die Schutzleute, um den Verhafteten zu befreien, was aber nicht gelang. Nun schritt das Schutzmannsaufgebot natürlich ganz energisch ein. Da ertönten plötzlich Revolvergeschüsse. Auf der Rechten Seite des Ringes gab ein Demonstrant auf den Kommandeur und den Adjutanten der Schutzmannschaft vier Revolvergeschüsse ab. Die beiden wurden glücklicherweise nicht verletzt, wohl aber erhielten die Pferde Verletzungen. Die Schutzmannschaft, die inzwischen Verstärkungen erhalten hatte, verhaftete den Täter und nahm Abperrungen vor. Es gelang alsdann, die Demonstranten in die Seitenstraßen abzuschicken, wo sich der Zug auflöste. Allerdings hielt nach bis etwa 6 1/2 Uhr die Schutzmannschaft den Ring besetzt, da sich inzwischen — besonders durch die Revolvergeschüsse angelockt — viel Publikum eingefunden hatte. Die Demonstration, die offenbar von den sozialdemokratischen Führern angeleitet war, hat einen ausgesprochen politischen Charakter. Was lagen die Freisinnigen zu der „Darmlosigkeit“ ihrer sozialdemokratischen Freunde?

Wir bemerken zufällig, wie der Berichterstatter des Herrn Herschel und seines Blattes sich seine Informationen bei der — Polizeiwache holte!

Von dieser Berichterstattung kann natürlich das vornehme Strofferblatt, die „Schles. Ztg.“ nur nach unten hin absehen. Bei ihr heißt es:

Sozialdemokratischer Stawall.

Unsere Stadt war heute wieder einmal der Schauplatz einer wüsten Aufruhrszene, die aufs neue die Wirkung der unangenehm planmäßigen Verhinderung der Massen durch die Sozialdemokratie darlegte hat. Einmal vorgenommene Arbeiterversammlung ist eine Straßendemonstration gefolgt, bei der einer der Demonstranten mit einem Revolver auf den Kommandeur der Schutzmannschaft und dessen Adjutanten feuerte. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. Der Missetäter ist verhaftet. (Dann folgt eine Schilderung der Dinge im Polizeistile.)

Es sei daran erinnert, daß Polizeikommissar Thiele eine den Sozialdemokraten besonders verhasste Persönlichkeit ist, weil er bei der Straßendemonstration vor einigen Jahren sehr energisch vorging, und daß dann die „Volksmacht“ sich in langen Artikeln sehr eingehend mit ihm beschäftigte und sogar seine Wohnung genau angab. Der heutige Erfolg selbst ist eigentlich eine allerdings verstärkte Wiederholung eines früheren Vorganges, denn schon einmal haben die sozialdemokratischen Obergewaltigen die Massen veranlaßt, während einer Stadtverordnetenversammlung vor dem Rathaus zu demonstrieren.

Und mit dieser Gesellschaft, mit einer Partei, deren Wesen und politische Kampfesweise durch den heutigen Erfolg wieder einmal vor aller Welt eine derartige Kennzeichnung erfahren hat, wollen sich nicht nur die Fortschrittler, sondern auch die Nationalliberalen, die Vertreter von „Bildung und Besitz“, gegen die staatsbehaltenden Parteien verbünden, um durch die Wahlmanipulationen von Ober- und Nieder-Barnim und Breslau ihr drei Mandatmandate zuzuschlagen. Wer nicht einmal die drastische Warnung beherzigt, die heute von der Sozialdemokratie selbst den bürgerlichen Wählern erteilt worden ist, wen auch diese „Breslauer Volkshebung von 1913“ nicht auf den rechten Weg führt, der wird es sich gefallen lassen müssen, wenn man seinen politischen Charakter nicht viel anders beweist, als den der Sozialdemokratie.

Wir bemerken zu diesem Serman nur, daß der achtzehnjährige Vätergesele, wenn er überhaupt Breslauer sein

sollte, damals erst 13 bis 14 Jahre alt gewesen sein wird, als der Name Thiele öfter in der „Volksmacht“ genannt werden mußte.

Um die Arbeit für die „Volksfürsorge“!

In den letzten Monaten machen verschiedene sogenannte Volksversicherungsgesellschaften geradezu verzweifelte Anstrengungen, vor dem Inkrafttreten der „Volksfürsorge“ soviel wie möglich Arbeiter und Arbeiterinnen für sich zu gewinnen. Es ist geradezu unglücklich, welche Versprechungen dabei gemacht werden und welche Behauptungen aufgestellt werden. Und das alles aus Furcht vor der „Volksfürsorge“.

In den letzten Tagen überschwemmt die „Schlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt“ ganze Betriebe mit ihren Flugblättern und Tarifen. Zu welchen Mitteln man greift, um auf die einzuwirken, die bekanntlich nicht alle werden, ist aus folgendem zu ersehen:

Dem Agitationsmaterial liegt eine Broschüre bei, betitelt: „Der sparsame Hans! Wir lesen darin, wie ein armer 15-jähriger Junge durch eine billige Lebensversicherung von 50 Pfg. monatlich den Grundstock zu seiner späteren „Wohlhabenheit“ gelegt hat. Das Heft steht in seinem Inhalt auf derselben Höhe, wie die seinerzeit erschienene „Spar-Agnes“ von Eugen Richter, und die im Wahlkampfe 1907 verteilte „Dattelfiste“ von Dernburg.

An die organisierten Arbeiter ergeht der Ruf, sich durch solche Lockmittel nicht einfangen zu lassen, sondern noch ein bis zwei Wochen zu gedulden, bis die „Volksfürsorge“ ihre Tätigkeit aufnimmt. Der etwa entstehende Zeitverlust wird doppelt und dreifach ausgeglichen durch die günstigeren Versicherungsbedingungen und andere Vorteile.

Die Werbdruckfachen für die „Volksfürsorge“ werden Anfang Juni verteilt und allen Freunden der guten Sache kostenlos zugestellt. Zu jeder Auskunft über die „Volksfürsorge“ ist der Rechnungsführer Oskar Schütz in Breslau 23, Rauffstraße 11, gern bereit. Sollte Klärung über das Versicherungswesen in Versammlungen erwünscht sein, so ist der Rechnungsführer ebenfalls bereit, Vorträge zu halten. Bestellungen werden rechtzeitig erwünscht.

Von der Jahrhundertfeier.

Die Besetzung des Festspiels.

Der Aufführung wird vorausgehen, der Königsmarsch von Richard Strauss, vom Kapellmeister Weiser geleitet. Die zur Handlung gehörende Musik hat Einar Nilson geschrieben. Als Darsteller sind beschäftigt: Diegelmann (Direktor), Whistfiades (Daneger), Friedrich (G. Marx), Napoleon (Hartau), Talleyrand (Murnau), Dezel (Schmidt), Jahn (Diegelmann), Stein (Klein), Schwarzhorst (Ziliq), Kleist (Nemeh), Fichte (Kraus), Weltbürger (Korich), John Bull (Benzinger), Blücher (Wanning), Kriegsrat (Anna Feldhammer), Gneisenau (Bauer), Pythia (Rosa Vertens), Ruabe Napoleon (Lio Rosen), Ritter (Johow).

In kleineren Rollen wirken mit die Herren: Reinke, Sternau, Hoffmann, Scholz, Breiderhoff, Schyblitz, Klimm, Weiser, Steglar, Beller, Varna, Paulsen, Mützel, Triebel, Halpern, Glodius, Johow, Alsdorf, Murnau, Bergen, Feldhammer, die Damen: Krus, Lorenz, Bod, Haag, Dullien, Salta, Wagner, Gerber, Dietrich.

Die 15 Aufführungen des Festspiels

werden vom 31. Mai bis 24. Juni an jedem Sonnabend, Sonntag, Dienstag und Donnerstag in der Jahrhunderthalle veranstaltet und um 8 Uhr beginnen. Der auf Punkt 8 Uhr festgesetzte Beginn der Aufführung morgen Sonnabend macht es notwendig, daß die an der Aufführung Mitwirkenden, Damen und Herren, sich spätestens kurz nach 7 Uhr in den Garderoben einfinden. Die Arbeitgeber werden deshalb von der Festspielleitung ersucht, ihre Angestellten, soweit sie bei der Aufführung beteiligt sind, wenigstens für den morgigen Abend, rechtzeitig zu entlassen.

Billige Vereinsbilletts

für die Vorstellung der Epl-Zivoler-Gruppe am Freitag und Sonnabend abend sind in der Expedition der „Volksmacht“ zu haben. Die Billetts kosten 40, 50, 75 Pfg. und 1 Mark. Zur Aufführung gelangt am Freitag „Der ledige Hof“, am Sonnabend „Glaube und Heimat“.

Die städtische Straßenbahn hat zur Verkehrsicherheit auf unseren Straßen und Straßenkreuzungen eine recht dankenswerte Neuerung geschaffen. In den verschiedenen Straßen teilen innerhalb der Leitungsdrahte sind weiße Schilder mit auffällig roter Schrift und ebensolchen Rande mit den Buchstaben H. oder W. angebracht. An den Stellen, wo das H. angebracht ist, ist der Straßenbahnführer verpflichtet, zu halten, weil die Strecke eingeleigt und eine überaus gefährvolle Stelle für den Verkehr vorhanden ist. Die Stellen, wo die Schilder mit dem W-Zeichen angebracht sind, denken auf die dortigen elektrischen Weichen hin, die ebenfalls die Straßenbahnführer unbedingt beachten müssen. Da während der Ausstellungszeit die Züge der Linie 18 (Christophorplatz) von 2 Uhr nachmittags durch die Dhlauerstraße verkehren, hat die Verwaltung an der Ecke Poststraße und Taschenstraße einen Signalwärter angestellt, der am Tage seinen Dienst mit der bekannten farbigen Signalfarbe und des Abends mit der nänklichen Signalfarbe versehen. Diese Stelle ist eine der gefährlichsten unserer Stadt, so lange nicht das Grundstück teilweise freigelegt ist, das nach einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung enteignet werden soll.

Dem ehemaligen Friedhof an der Feldstraße. Der ehemalige Friedhof zwischen Feldstraße und Dhlauer Stadtgraben ist bereits seit Jahren geschlossen; die alten Gräber wurden beseitigt, der Platz teilweise neu aufgeschüttet. Seit geraumer Zeit ist der Platz mit seinen großen schattigen Bäumen während der Tageszeit zum Ruhe- und Spielplatz hergegeben worden. Einige Gräber jedoch, die noch zu jung waren, um auch beseitigt zu werden, sind bestehen geblieben. Die zum Platz spielende zahlreiche Jagend hat jedoch auf diese Grabstätten nicht besondere Rücksicht genommen und die Gräber und ihre Gedenksteine und -tafeln werden vielfach angetreten oder gar beschädigt. Die Gartenverwaltung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, diesen Grabstätten den nötigen Schutz zu versetzen. In der letzten Zeit sind um die Gräber hölzerne Umzäunungen hergestellt worden, die hoffentlich ihren Zweck voll und ganz erfüllen werden.

Die Schiffe auf dem Ringe.

Die Durchsicht der Kontrollkarten hat ergeben, daß der Bäcker Johann Smietana, der vom Polizeibericht als der Beschreiber auf dem Ringe angegeben ist, nicht zu den Arbeitlosen gehört, die die Versammlung im Gewerkschaftshause be- zogen.

Der Polizeibericht meldet ferner: „Der Nebolderschütze, der vier Schiffe, zwei auf Kommissar Schiele, zwei auf den Kommandeur Ewald, abgegeben hat, ist, wie nunmehr festgestellt wurde, der Bäcker Johann Smietana, der bei einem Bäckermeister in der Sandvorstadt in Ein- stellung war, also nicht zu den Arbeitslosen ge- hört. Nach seinen eigenen Angaben gehört er auch keiner sozialdemokratischen Verbindung an, ist vielmehr Mitglied eines Verbandes „Germania“. Er war Donnerstag nachmittag, zu der Zeit, wo sich Arbeitslose anammelten, im Stadthauskeller und hat dort einige Glas Bier getrunken. Als er aus dem Keller herauskam, habe er beobachtet, wie Schutze die Volksmenge auseinandertreiben und wie ein Mann von einem Schutzmänn- chen festgenommen wurde. Das habe ihn veranlaßt, seinen Scherz- schuß abzugeben. Als daraufhin der berittene Kommissar auf ihn zugeworfen gekommen sei, habe er nach dessen Pferde geschossen. Ebenso seien seine Schiffe auf das Pferd des Kom- mandeurs gerichtet gewesen, als dieser herangejagt kam. Augenzeugen dagegen behaupten wiederum gegenteilig, Smietana habe die Schußwaffe nach oben gerichtet. Diese ist ein sechs- köpfiger Nebolderschütze älterer Art.“

Wir haben es also in dem jungen Manne, der die auf- erregenden Schiffe abgegeben hat, mit einem arbeitswilligen, selbstkritischen Bäckergehilfen zu tun, der, wie uns aus dem Bureau des Bäckerverbandes mitgeteilt wird, gewerkschaft- lich nicht organisiert ist und am Streik der Bäckergehilfen nicht beteiligt war. Smietana hat hier auf der Groischengasse gelernt und arbeitet jetzt seit vier Wochen beim Bäckermeister Mohrert, Weinstraße 17, der die Forderungen der streiken- den Bäckergehilfen nicht befristete.

Die Kündigungsfrist im Bäckerberufe.

Die Frage, ob die Bäckergehilfen täglich entlassen werden können, oder ob die gesetzliche 14 tägige Kündigungsfrist bei ihnen anzuwenden ist, ist noch immer strittig.

In der Sitzung des Gewerbegerichts am 26. Mai lag ein solcher Streitfall vor. Ein Bäckergehilfe, der vom Meister ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden war, klagte auf Zahlung einer Entschädigung für zwei Arbeitswochen. Der Meister verlangte die Abweisung der Klage, indem er darauf hinwies, daß im Bäckerberufe die Gesellen jeden Tag entlassen werden können, ohne daß sie einen Entschädigungsanspruch haben. Der Kläger entgegnete, soweit Innungsgehilfen in Frage kommen, denen vom Sprengmeister Arbeit nachgewiesen wird, mag das zutreffen, was der Beklagte angeführt habe. Er aber sei nicht vom Innungsnachweis geschiedet worden, sondern durch einen anderen Arbeitsnachweis und habe, da nichts anderes vereinbart wurde, die gesetzliche Kündigungsfrist zu beanspruchen. Wegen der Wichtigkeit des Falles beschloß das Gericht, den Ober- meister der Bäckerei, Herrn Fiebich, zu vernehmen. Dieser behauptete, daß im Bäckerberufe die einjährige Frist „ord- nungsgemäß“ sei. Im Germania-Buch (Verbandsbuch der Bäckerei- Innungen) sei ausdrücklich vermerkt, daß es keine Kündigung gibt. Der Kläger bestritt dies; außerdem hätten nicht alle Bäckergehilfen das Innungsverbandsbuch. Ferner behauptete er, daß in Breslau von mehreren Seiten den Bäckern Arbeit nach- gegeben wird; die einjährige Kündigungsfrist könne also nicht ortsbüchlich sein. Das Gewerbegericht schloß sich jedoch der Ansicht des Obermeisters an und wies den Kläger mit seiner Forderung ab.

Wir möchten bemerken, daß uns das Urteil befremdet. In Kündigungsrecht der Vorgänger des jetzigen Vorstehenden ist in gleichen Fällen erkannt worden, daß die 14 tägige Kündi- gung platzgreift, sobald nachgewiesen wurde, daß der Geselle nicht vom Sprengmeister zugeschickt worden ist.

Ein großer Dachstuhlbrand

hütele Donnerstag nachmittag in der Obervorstadt. Es wird uns darüber berichtet:

Von zwei Nebeln und durch ein Postleichen wurde die Feuerwehr am Donnerstag nachmittag nach Humboldt- straße 7 gerufen, wo die Fensterner des obersten Stockwerks vom Bodenturm her ein eigenartiges Geräusch vernommen hatten.

Aus aller Welt.

Unwetter.

Furchtbare Gewitter in Oesterreich — fünf Personen vom Bliz getötet. In den Nachmittags- und Abendstunden des Mittwoch vor Ober- und Mittel-Oester- reich der Schauplatz eines furchtbaren Gewitters, mit dem ein heftiger Hagelregen in den meisten Gegenden verbunden war, der an der Erde erheblichen Schaden anrichtete. In zwei Wäldern wurde eine Gruppe Arbeiter von einem Bliz getroffen; ein Kroat wurde getötet, fünf andere verletzt. Sie wurden in ein Hospital gebracht, wo sie sich im Laufe der Nacht erholten. In Belgien in Oberösterreich ging ebenfalls ein heftiges Gewitter nieder, wobei ein Bliz in eine Gruppe von drei Mädchen und einer Frau schlug, die sich unter einem Apfelbaum versammelt hatten. Alle vier Per- sonen wurden vom Bliz erschlagen. Auch mehrere Bauernhäuser wurden in Oesterreich ein Opfer des Blizes. — Auch aus Böhmen laufen Nachrichten über ein heftiges Gewitter ein, das den ganzen Tag über das Land herumschlug. Besonders in Karlsbad wurde durch Blizschläge und Hagel großer Schaden angerichtet. Auch in Prag schlug der Bliz in ein Wohnhaus, das in Brand geriet. Aus den Provinzen kommen gleichfalls Meldungen über Blizschläge. In Gzamin in Böhmen wurden drei Bauernhäuser durch Feuer vernichtet, das durch den Bliz entzündet war. Eine alte Frau kam hierbei ums Leben.

Schwerer Hagelregen bei Heidelberg. Ein furchtbarer Hagelregen vernichtete den durch seine Anwesen- heit veranlaßten Odenwälder Forst bei Heidelberg. Fast in allen Häusern wurden die Fenster eingeschlagen, die Gärten verwüstet und die Ackergerüste zum größten Teil vernichtet. Von Sachverständigen der Hagelversicherung wird der Schaden auf mindestens 100.000 Mark geschätzt.

Geistliche Bernbergkinder. Das „Königliche Jahr- hundert“ erzählt folgende erbauliche Geschichte von der Toleranz der christlichen Kirche: „Es ist ein Knabe, welcher Leute sind, dient in Dresden- Dörsen als Knabe — und ist ein Knabe. Der Knabe be- zogen, daß die Ungläubigen in geistlicher Umarmung gehandelt. Der Diener läßt der Toleranz, um den heilige- sten Eltern noch einen Tropfen zu lassen, einen jehonen Gewissen setzen mit der blühenden Intelligenz: Hier steht in Gott.“ Aber die Kirche, die mit Gott in genauer Ver-

Da sich zugleich ein starker Brandgeruch geltend machte, so schickte man nach und wahrte in dem Bodenturm eine unburchtungs- liche Rauchwolke. Als die Wehr zum Angriff schreiten wollte und die Wehrmänner die Treppe emporsteigen wollten, erlief plötzlich ein Schrecken, und ein Teil der Scheiben des Licht- fensters über dem Treppenhause stürzte hinab. Die Wehrmänner brückten sich sofort an die Seitenmauer und blieben so un- verletzt. Um ein Nachstürzen der übrigen Glasflächen zu ver- hindern, mußte sich ein Wehrmann in eine Wohnung brücken und von dort aus die übrigen Scheiben durch einen Wasserstrahl zum Nachstürzen bringen. Man richtete nun auf der Straße eine Ma- gistratenscheiter auf, um auf das Nebenhaus Humboldtstraße 9 zu gelangen und von hier aus ein Loch in das Dach zu schlagen, damit der Rauch einen Abzug finde. Dann wurde in dem Hofe des Grundstückes eine große Schieferleiter aufgestellt und auch von hier aus das Feuer angegriffen. Es dauerte über eine halbe Stunde, ehe man überhaupt den Brandherd finden oder einen Erfolg in der Bekämpfung erreichen konnte. So wurden eine Stunde lang gewaltige Wassermassen in das Flammenmeer geschleudert, bis endlich seine Gewalt gebrochen wurde. Wie festgestellt werden konnte, sind etwa 20 Bodenklammern, der Wäschebuden und der ganze Dachstuhl des Ge- bäudes ausgebrannt. In den Kammern lagerte eine große Menge von Wäschebuden, Kisten, Brettern, Kleibern, Papier und sonstigem Bodengerät, so daß das Feuer reichliche Nahrung gefunden hatte.

Das fleischhaltige Haaröl. Mit einer für Barbier- gehilfen wichtigen Sache befaßte sich das hiesige Schöffengericht. In einen Barbierladen kam vor wenigen Wochen ein Schutzmänn- chen in Zivil und kaufte eine Dose Haaröl, die er dem chemi- schen Untersuchungsamt überwies. Dort wurde festgestellt, daß die Haarfarbe einen schwachen Mleigehalt hatte. Keine einer reichgefehlten Vorschriften dürfen jedoch Haaröl keine fleischhaltigen Stoffe enthalten. Der Gehilfe, der die Dose in Ver- tretung seines Meisters in dessen Abwesenheit verkauft hatte, be- kam einen Strafbefehl über 2 Mark, der Meister einen über 5 Mark. Dieser beruhigte sich bei der Strafe, während der Gehilfe Einspruch erhob. Der junge Mann erklärte vor dem Schöffengericht, er hätte sich vielleicht auch bei den 2 Mark be- ruhigt, aber die Kosten der chemischen Untersuchung, die acht Mark betragen, die könne er nicht bezahlen. „Dafür muß ich ja die ganze Woche arbeiten, um das zu verdienen“, setzte er noch hinzu. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Kögler beehrte den Gehilfen, daß in solchen Fällen immer auch die Untersuchungskosten neben der eigentlichen Strafe vom Ange- klagten bezahlt werden müssen. Ich kann auch garnicht ein- sehen“, meinte der junge Mann, „warum ich bestraft werden soll. Ich habe doch nur das verkauft, was mein Chef angeschafft hatte. Wenn ich bei der Herstellung des Mittels dabei gewesen wäre, dann hätte ich gewußt, was darin für Stoffe enthalten sind. Da die Dosen noch dazu plombiert in den Handel kom- men, konnte ich doch nicht hineinkriechen.“ — Ja, Sie haben ganz recht“, sagte der Vorsitzende, „aber das Gesetz schreibt nun einmal vor, daß sich jeder Verkäufer solcher Mittel, auch über deren chemische Zubereitung und Zusammensetzung vergewissern muß. Wie Sie das nun machen, ist Ihre Sache.“ Das Gericht ermäßigte die Strafe auf eine Mark. Dadurch ist aber der Gehilfe um nichts gebessert. Es kommen jetzt die Kosten des Einspruchs — etwa in Höhe von einer Mark — dazu und von der Zahlung der Untersuchungskosten ist er auch nicht befreit. Wir wollen den guten Zweck des Gesetzes nicht verkennen, zumal fleischhaltige Haaröl in der Tat nachteilige Wirkungen auf die Kopfhaut auslösen können. Aber es liegt eine große Härte dar- in, daß auch der arme Gehilfe neben seinem Arbeitgeber mit verantwortlich bleibt. Schließlich ist es auch ein bißchen zu viel verlangt, wenn sich der Barbiergehilfe darum kümmern soll, was der Meister zum Verkauf bereithalten darf oder nicht.

Auch ein „Seelenhirt“. Auf der Friedrich-Karlstraße gründete im vorigen Jahre der „Missionsprediger“ Alexander Krause, ein früherer Handwerker, die christliche Gemeinschaft „Bethanien“. Er ließ fromme Traktate drucken und durch angestellte „Schwestern“ in den Häusern und Lokalen der Stadt verkaufen. Gerade der Name „Bethanien“ hat vielfach zu Verwechslungen mit der Krankenanstalt gleichen Namens geführt. Zur Kenntnis der hiesigen Staatsanwaltschaft kam es, daß Krause den Schwefel in sittlicher Hinsicht zu nahe ge- treten ist. Auf Antrag der Eltern der in Frage kommenden Mädchen wurde der „Missionsprediger“ unter Anklage gestellt. Die 2. Strafkammer verhandelte gegen ihn hinter verschlossenen Türen. Das Urteil lautete wegen fälschlicher Beleidigung auf neun Monate Gefängnis. Da der Angeklagte fluchtverdächtig erschien, wurde er sofort in Haft genommen.

Ein großer Dachwischerprozess wird am nächsten Mitt- woch die hiesige dritte Strafkammer beschäftigen. Angeklagt sind drei Personen. Unter den geladenen 48 Zeugen werden zum Teil Bekleidungsradler vertreten sein, die mit der Vermittlung der Bettelwäsche betraut worden sind.

Wanballismus. In diesen Tagen wurden auf dem Lessingplatz etwa sechs Studenten beobachtet, die aus purem Übermut in den dortigen Anlagen die Blüten der Blumen und Sträucher abrisßen und dann fortwarfen. Glücklicherweise sind einige von den Uebeltätern von verschiedenen Personen erkannt worden, so daß sie zur Anzeige gebracht werden können.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Marialhöfchen. Gemeindevorsteherwahl am Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 Uhr im Gasthause der Frau Müller. Wichtige Tagesordnung. Gemeindevorsteher haben Zutritt.

Parteilich. Die Frauen des Landbistums 12, Vereine Parteilich, Prierern und Kleitendorf, hielten am Mittwoch, den 28. Mai, bei Peilner in Partielich ihren Fronenabend ab, der ziemlich gut besucht war. Lieber das Thema: „Wirtschaft und Politik der Frauen“ sprach Genosse Growig. Redner verstand es in seinem einstündigen Vortrage, den Frauen klar zu machen, welche Waffen den Arbeitern notwendig sind, um den Druck des Kapitalismus abzu- schwächen. Er ermunterte die Anwesenden, der Volksfür- sorge mit demselben Interesse entgegenzutreten, wie der Ge- werkschaft, der Partei, der Arbeiterpresse und der Genossenschaft. Dem beifällig aufgenommenen Vor- trage knüpfte Genosse Haupt einige Ausführungen über die Volksfürsorge an. Der Bericht von der Generalversammlung wurde freundlich aufgenommen. Dann wurde die Genossin Growig einstimmig als Frauenleiterin wiedergewählt, zu Registratorinnen die Genossinnen Hornstein für Partielich, Berger für Kleitendorf, Growig für Prierern. Schriftführerin blieb die Genossin Mosel. Man beschloß, den Fronenabend bis zum Oktober sechsmonatlich abzuhalten. Ein Vorschlag, eine Versammlung unter freiem Himmel im Garten des Gastwirts Ködner in Kleitendorf abzuhalten, wurde der Diskussionsleitung überwiesen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung gegen 11 Uhr aus- einander.

Stabelwitz. Einen weiblichen Arbeitswil- ligen soll der Ziegeleiarbeiter Paul Baumert am 10. Mai dieses Jahres „genötigt“ haben. Anfang dieses Monats brach in der Ziegelei von Stabelwitz ein kleiner Streik aus. Als Arbeitswillige vermittelte sich u. a. die Arbeiterin Wuh aus Herrnsproß, die von Baumert am genannten Tage auf dem Wege zur Arbeit angehalten und ermahnt worden ist, die Arbeit niederzulegen. Darin sah die Staatsanwaltschaft „ver- suchte Nötigung“ nach § 240 des Strafgesetzbuches. Am Don- nerstag mußte sich deshalb B. vor dem Schöffengericht in Bres- lau verantworten. Hier behauptete die Wuh, der Angeklagte habe sie vorn an der Bluse angefaßt und dadurch zum Stehen- bleiben veranlaßt und am Weitergehen auf einige Minuten ver- hindert. Der als Zeuge gehörte Arbeitswillige Karl Brühl, der sich damals in Begleitung der Wuh befunden hat, mußte zugeben, daß sich der Vorfall sehr harmlos abge- spielt hat. Es ist zwar richtig, daß Baumert das Mädchen angefaßt hat. Das war aber kein gewalttätiges Anfaßen gewesen, vielmehr wollte sich Baumert nur Gehör verschaffen. Der Anklags- anwalt wollte das Vergehen des Angeklagten — soweit man überhaupt von einem Vergehen hier sprechen kann — mit einer Woche Gefängnis gestraft wissen. Das Gericht ließ es bei 21 Mark Geldstrafe oder einer Woche Gefäng- nis bewenden.

Rosenthal. Das Galien von Postkindern wird im Breslauer Landkreise durch eine Regierungspolizeiverordnung geregelt. Gegen diese Bestimmung hatte sich eine arme Frau vergangen, die zu ihren sechs eigenen noch ein siebenes fremdes Kind in Pflege genommen hatte. Da das fremde Kind von der Frau auch gestillt wurde, bezog sie von der Mut- ter des Säuglings vier Mark wöchentlich. Das war gewiß nicht viel, bedeutet aber für eine arme Frau, die selbst ein Häuf- lein Kinder zu ernähren hat, eine kleine Beihilfe. Diese sollte ihr jedoch genommen werden, weil die Polizei der Ansicht war, daß ein Pflegekind bei so vielen eigenen Kindern, nur unzu- reichend gepflegt werden könne. Der Aufforderung, das Kind der Mutter wieder zurückzugeben, konnte die Frau nicht folgen nach- kommen, weil die natürliche Mutter ihr Kind zunächst nicht ab- holen kam. So behielt es die arme Frau noch einige Wochen länger bei sich. Für ihre Unfolgsamkeit ging ihr eine Straf- verurteilung in Höhe von 10 Mark zu, gegen die sie Einspruch er- hob. Das Schöffengericht in Breslau konnte sie nicht ganz freisprechen, ermäßigte jedoch in Anbetracht ihrer Notlage die Strafe auf das Geringste, nämlich auf eine Mark. Im vorliegenden Falle war das Pflegekind, trotz der sechs eigenen Kinder, ganz leidlich untergebracht, wie in der Verhandlung fest- gestellt wurde. Es kommt aber leider ziemlich oft vor, daß Pflegemütter die angenommenen Kinder so schnell wie möglich in den Himmel befördern. Um solcher Engelnmacherer vorzu- beugen, achten die Polizeibehörden scharf auf das Postkind- wesen, was an sich nur zu billigen ist.

hindern nicht, widerwärtig. Der Stein muß weg. Der Dienst- herr läßt ihn abklopfen und das Aergernis „Gott“ be- seitigen. Die Inschrift lautet alsdald: „Hier ruht in Frieden...“ Doch auf einem christlichen Friedhofe darf eine geistig kranke Selbstmörderin auch nicht in „Frieden“ ruhen. Die Kirche detriert demgemäß. Der Stein wird also zum zweiten Male abgeschlagen. Jetzt gibt er nur an: „Hier ruht Janit...“ Da im ganser Lieben Europa ja doch kein verständiger Mensch mehr glauben kann, daß die arme, im Grabe von der barmherzigen aller Kirchenbehörden so herb ge- richtete Unschuld auf diesem „Friedhofe“ in Ruhe, geschweigen die Nachfolger des „Friedesfürsten und Menschenrechts“ gnaden- reich den Zeit.

Und da jammern die Frommen auf ihren Tagungen über die immer mehr zunehmende Ungläubigkeit der Massen. Letzten Endes sind die Zeloten doch selbst daran schuld, wenn die Er- kennnis sich immer mehr Bahn bricht, daß das Treiben der Frommen mit wahrer Religiosität wenig ge- mein hat.

Ein Gendarm ermordet den anderen. Beim Gendar- merieposten in Jbudusti in der Herzogowina waren der Postenführer Franz Jilinski und der Vorposten Paul Reisinger eingekerkert, die schon seit längerer Zeit in persön- licher Feindschaft miteinander lebten. Dieser persönliche Haß war die Ursache einer erschütternden Tragödie.

Auf einem Fackelzug nach Gzamin, gerieten die zwei Gen- darmen in Streit, im Verlauf dessen der Postenführer seinem Kameraden das Bajonett in die Brust steckte und, als der Schwerverletzte hierauf die Flucht ergriff, diesen noch dreimal aus seinem Mannlicher nach- schob. Eine Angel freiste den Lebenden am Kopfe. Der Postenführer Jilinski legte unbefürchtet um das Vorgefallene seinen Danksagung seit, während der Gendarm Reisinger ihm den Weg abschneidete und in einem Gehölz Vorpost hielt. Als nun Jilinski dieses Verbot passierte, kreuzte ihn sein Gegner aus dem Hinterhalt durch einen wohlgezielten Kopfschuss nieder, so daß er augenblicklich tot zu Boden sank. Der Gendarm Reisinger, der sich selbst den Richter gemacht hat, schleppte sich dann, nachdem er sich selbst notwendig verbunden hatte, in die Gendarmenstation nach Jbudusti zurück, wo er über die Vor- gänge Meldung machte. Er wurde in das Garnisonsspital nach Pleschberg übergeführt. Sollte er mit dem Leben davonkommen, so erwartet ihn jedenfalls ein Todesurteil, umso mehr, als er die Tat an seinem militärischen „Vorgesetzten“ verübt hatte.

Kriegsschiffe in eine Fischerei gefahren. Aus Christiania wird gemeldet: Eine Anzahl reicher, ange-

lich deutscher Kriegsschiffe, die vor Christiania man- dorierten, sind in der Nacht zum Donnerstag mitten in eine norwegische Fischerflotte gefahren und haben an deren Netzen und Gerätschaften bedeutenden Schaden angerichtet. Auf die Signale der Fischer sollen die Kriegsschiffe überhaupt keine Rücksicht genommen haben. — Das sieht ganz dem deutschen militärischen „Synchron“ ähnlich.

Explosion auf einem russischen Schießplatz. Während eines Probeschießens mit 75 Millimeter-Geschützen auf den Petersburger Poligon, das in Gegenwart des zu Besuch weilenden französischen Marine-Generals Le Vieil statt- fand, ereignete sich durch die Unvorsichtigkeit der Schützen eine Explosion. Ein Mann wurde getötet, ein Leutnant schwer verwundet. Ein Leutnant und ein Matrose erlitten leichtere Verletzungen.

Explosion in einer Dynamitfabrik. In einer Dyna- mitfabrik in Pauilles (Frankreich), der Hygienes-Orientalexplosivfabrik eine Vorrichtung zur Herstellung von Nitroglycerin und verurachtete die Explosion eines Filters und eines Mischapparates. Sechs Personen wurden ge- tötet und zahlreiche verletzt, darunter einige schwer.

Von einem Hahn getötet. In dem Orte Claubitz nahe Langenberg bei Meisa wurde das einjährige Töchter- chen des Müllers Voigt durch einen Hahn getötet. Das Tier stürzte sich plötzlich auf das schlafende Kind und hackte es in den Kopf. Herzliche Hilfe kam leider zu spät.

Gobelinshofen. Frankreich hat wieder sein Museumschiff, das aller Welt ein herzliches Lachen abnötigt. Vor fünfzig Jahren ward dem Museum zu Pau ein kostbares Geschenk in Gestalt einiger kunstvollen Gobelins zuteil. Vor kurzem revidierte nun ein Inspektor der französischen Museumsverwaltung das Museum zu Pau und siehe da, es stellte sich heraus, daß die Gobelins ver- schwinden waren. Nach langem Suchen fand sich endlich ein Teil der kostbaren Wandteppiche in einer alten Sad gefüllt, in einem Schrank, in dem gewöhnlich der Museumsführer nur Besen usw. aufbewahrt. Aber das war nur ein Teil! Wo aber war der andere? Endlich, nachdem man ihn einbringlich ins Gebet genommen hatte, gelang der Museumsdiener, daß eine Frau die Gobelins in Be- sitz genommen hatte. Beide hatten gedacht, die „Dinger“, die nach ihrer Meinung nur wenig Wert besaßen, müßten veräußert zu können. Die teuere Gattin und liebevolle Mutter hatte damit für den Gatten und Sohn die Hofen gefüllt und pflegt war noch soviel übrig geblieben, daß sie selbst einen Interred und ein Paar vorzügliche Hofen daraus bekommen konnte.

Der Balkankonflikt.

Vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Wie Reuters Bureau erfährt, würde der namens der Verbündeten abgefasste Protokollentwurf sämtlichen Kriegsführenden geschickt. Bulgarien wird den Friedensvertrag bald im Auswärtigen Amt unterzeichnen, wie es von der englischen Regierung gewünscht wird, doch wird die bulgarische Abordnung nicht an der Versammlung teilnehmen, die von den anderen Verbündeten vereinbart wurde, um die Protokolle zu beraten, deren Fassung Bulgarien nicht billigt, und die nach dem Wunsche der anderen Verbündeten gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet werden sollen. Bulgarien meint, daß die Aufwerfung der Protokollentwürfe im gegenwärtigen Zeitpunkt neuen Debatten Tür und Tor öffnen würde. Die serbischen Delegierten erhielten die Anweisung, den Vertrag zu unterzeichnen. Es ist sicher, daß auch Griechenland unterzeichnen wird. Der Protokollentwurf enthält Artikel bezüglich der Konvention, die nach dem Friedensschluß beraten und unterzeichnet werden soll.

Sofia, 29. Mai. Reuters erfährt: Grey richtete heute abend an alle Delegierten die Einladung, morgen 12,30 Uhr im St. James-Palast zusammen zu kommen, um die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen. Grey hoffte, selbst zugegen zu sein und einige Worte an die Delegierten richten zu können.

Vor einem neuen Feldzuge?

Saloniki, 29. Mai. Trotz Versicherungen von offizieller bulgarischer Seite, weitere Konflikte zu vermeiden, weisen verschiedene Bewegungen der bulgarischen Truppen direkt darauf hin, daß es bulgarischerseits beabsichtigt ist, einen Vormarsch gegen Estertaaes anzutreten und sich des Panghen-Gebirges zu bemächtigen, das bekanntlich strategisch von großer Bedeutung ist. Man glaubt hier fest daran, daß ein neuer bulgarischer Angriff in dieser Richtung nahe bevorsteht. Die Bulgaren haben sogar eine Reihe Geschütze in Stellung gebracht, die ihnen erlauben würden, Estertaaes zu beschießen. Viele flüchtige Landleute sind gestern hier eingetroffen, die von einem grausamen Vorgehen der bulgarischen Truppen zu berichten wissen.

Neuer Krieg?

Saloniki, 30. Mai. Nach einer hier eingetroffenen sicheren Meldung von einem sonst gut unterrichteten und zuverlässigen Zeitungskorrespondenten aus Sofia haben die bulgarischen Truppen, deren Stärke auf mindestens 20.000 Mann angegeben wird, in der Richtung auf das Gebirge von Nikrita vorgerückt. Man behauptet, daß ein Angriff auf Nikrita verlobt werden wird, womit dann allerdings ein entschiedener Vorstoß gegen Saloniki selbst verbunden sein könnte.

Belgrad, 30. Mai. Die Stupichtina nahm in ihrer gestrigen Sitzung verlaufenden Abend den Antrag des Jungradikalen Drashowitsch an, daß sämtliche von der serbischen Armee besetzten Gebiete Serbien zu verbleiben hätten. Die Annahme des Antrages erfolgte mit förmlichen gegen achtzehn Stimmen der Nationalisten.

Irrtümlich beschossen.

Sofia, 30. Mai. Die „Times“ melden folgenden dauerlichen Zwischenfall über eine irrtümliche Beschädigung eines deutschen Schiffes. Gestern kam der deutsche Kreuzer „Straßburg“ von Konstantinopel im Pyraus an. Der Kommandant des genannten Kriegsschiffes mußte augenscheinlich nicht, daß es den fremden Kriegsschiffen ausdrücklich verboten ist, vor 8 Uhr morgens vor Anker zu gehen. Wahrscheinlich hielt man nun von der Küste aus den deutschen Kreuzer „Straßburg“ für ein türkisches, also feindliches Kriegsschiff, denn die griechischen Forts eröffneten plötzlich, als sie die „Straßburg“ sichten, ein Feuer auf das Schiff und eine Masse Granaten sausten in unmittelbarer Nähe am Schiffskörper vorbei, ohne diesen jedoch erheblich zu beschädigen. Der Kreuzer „Straßburg“ gab sofort Gegenampf. Ein Leichterboot kam darauf an das deutsche Kriegsschiff heran, um den Kommandanten desselben darauf aufmerksam zu machen, daß sich der deutsche Kreuzer „Straßburg“ in sehr gefährlicher Nähe befände und von Minen umgeben sei. Nach längerem Parlamentieren erklärte sich schließlich der Besatz des Leichterbootes bereit, den Kreuzer „Straßburg“ durch die Minen hindurch in den Hafen zu steuern, wo er auch glücklich landete.

Der Friede.

Sofia, 30. Mai. Es wird hier nunmehr amtlich bestätigt, daß die Unterzeichnung des Präliminarfriedensvertrages heute mittag um 12 1/2 Uhr im St. James-Palast stattfand. Der Kriegszustand, der über sieben Monate gedauert hat, ist damit zu Ende.

Deutscher Reichstag.

154. Sitzung. Donnerstag, den 29. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesratsklub: Dr. Delbrück.
Die zweite Beratung des

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

wird fortgesetzt.

Die ersten Paragraphen werden ohne Debatte angenommen. § 5 bestimmt, daß durch Abschließung mit einem Deutschen die Frau die Staatsangehörigkeit des Mannes erwirbt. Nach einem sozialdemokratischen Antrag soll dieser Paragraph lauten: „Eine Ausländerin, die die Ehe mit einem Deutschen geschlossen hat, ist auf ihren Antrag in dem Bundesrat einzubürgern, dem ihr Ehemann angehört.“

Abg. Bernstein (Soz.) begründet diesen Antrag damit, daß das Recht der Frau auf ihre Persönlichkeit auch in diesem Gesetz zum Ausdruck kommen müsse und daß daher eine automatische Erlangung der Staatsangehörigkeit nicht in Frage kommen solle, wenn man verlangt, daß die Frau dem Mann in jeder Beziehung folgen soll, so müßte das auch bei der Konfession verlangt werden, aber selbst das Zentrum fordert nur, daß die Frau, die einen Nichtatholiken heiratet, katholisch bleiben soll, wenn sie es vorher war. Wir wollen, daß die Deutsche, die einen Ausländer heiratet, die deutsche und die Ausländerin, die einen Deutschen heiratet, wenn sie es wünscht, Ausländerin bleiben kann. Das liegt in der Richtung der allgemeinen kulturellen und sozialen Entwicklung. (Beifall bei den Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, § 5 in der Kommissionsfassung angenommen. § 6 gestattet jedem Deutschen, die Staatsangehörigkeit in jedem Bundesstaat durch Antrag zu erwerben. Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß diese Erwerbung durch die bloße Niederlassung, eventuell

durch Erwerbung des Unterstufungswohnhauses, erfolge. Die Bestimmung, daß der Antrag einer Verheirateten der Zustimmung des Ehemanns bedürfe, soll nach dem sozialdemokratischen Antrag gestrichelt werden.

Abg. Dr. Quare (Soz.): Man spricht bei diesem Gesetz so viel von der Stärkung des Volkselementes. Nun, wir verlangen die nationale Vertretung aller Deutschen im Reich und in jedem Bundesstaat und das hat man in der Kommission abgelehnt. Dadurch muß doch der Partikularismus in den 26 Bundesstaaten gefördert werden! Am meisten wecheln die Arbeiter, Angestellten, Techniker usw. ihren Wohnsitz und damit ihren Bundesstaat. Diese Schichten sind allerdings diejenigen, die am meisten politisch interessiert sind, und damit sie sich wenigstens nicht allzuweit an Landtags- und Gemeindevahlen beteiligen können, macht man ihnen bei der Erwerbung der neuen Staatsangehörigkeit die unglücklichsten Schwierigkeiten. Am besten wäre die Schaffung einer unmittelbaren Reichsangehörigkeit, deren Vorbereitung wir ja auch in einer Resolution verlangen. (Bravo! b. d. Soz.)

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird der Kommissionsantrag angenommen.

Zu § 7 (Einbürgerung von Ausländern) beantragt Abg. Albrecht (Soz.), daß ein solcher Antrag, der den sonstigen Bedingungen entspricht, nicht abgewiesen werden darf, wenn der Ausländer zwei Jahre im Inlande gewohnt hat. Der Mangel der Unbescholtenheit soll nicht in Tallachen erblickt werden dürfen, die der vollstimmigen Genehmigung oder Vertätigung oder der Konfession des Antragstellers entnommen sind. Ein Eventualantrag Albrecht (Soz.) verlangt, daß die Einbürgerung nicht verlangt werden darf, wenn der Antragsteller aus der Ehe eines Ausländers mit einer Deutschen stammt oder wenn er in Preussischland geboren ist und bis zur Volljährigkeit ohne wesentliche Unterbrechung hier gewohnt und den Antrag innerhalb zweier Jahre nach Eintritt der Volljährigkeit gestellt hat.

Abg. Bernstein (Soz.): Unser Antrag will den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung geben, das sie im Reichwege verfolgen können. Wir verlangen das aus nationalen Gründen, zur Annäherung und Durchdringung der Nationen und wir wünschen, die Macht der Verwaltungsbehörden zu beschränken. Mit dem modernen Verkehr wächst ständig die Zahl der Ausländer in allen Staaten. Warum sollen diese fleißigen Mitbürger milderem Rechte sein? Die Schweiz hat den Ausländern ein Recht auf Einbürgerung gegeben, bei uns aber soll das im Belieben der Behörden liegen. Selbstverständlich darf Genossenschaft und Konfession keinen Einfluß haben. Ungleiches Recht schafft auch ungleiche Moral. Die Vereinigten Staaten zeigen, wie gleiches Recht, gleiche Moral und eine einheitliche Nation erzeugt. Die unsauberen Elemente kann man auf keine Weise fernhalten, deshalb haben England und Amerika auch den Pakzwang abgeschafft. Die Kulturentwicklung bringt die Völker immer mehr zusammen, deshalb verlangen wir die Befreiung der künstlichen Abschließung. (Leb. Bravo! b. d. Sozialdem.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Lewald: Die Sozialdemokraten übersehen die geographische Situation des deutschen Reichs. Wir können nicht ohne weiteres alle aus dem Osten zu uns strömenden Ausländer an den Segnungen unserer hochentwickelten Sozialpolitik teilnehmen lassen. (Zustimmung rechts und im Zentr.) Auch die Vereinigten Staaten sind sehr sorgfältig, ehe sie jemanden hineinlassen, und gegen die Zurückweisung in Ellisland steht niemanden der Rechtsweg offen. Die Konfession spielt heute schon keine Rolle. (Zuruf bei den Soz.: Das glaubt ja kein Mensch!) Von 800 Einbürgerungsgesuchen von Juden sind über die Hälfte genehmigt worden. Aus nationalen Gründen müssen wir uns vor zu starker Zuwanderung aus dem Osten schützen können. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Weder-Arnberg (Zentr.) führt aus, daß die Erleichterung der Einbürgerung die Einfuhr von Rulis und anderen Lohndrückern fördern würde.

Abg. Landsberg (Soz.): Wenn die ausländischen Arbeiter Staatsbürgerrechte erlangen können, dann werden sie keine Lohnbrücker mehr sein, denn sie sind heute deshalb gefährlich, weil sie ausgenutzt werden, wenn sie sich nicht als Lohnbrücker gebrauchen lassen und sich mit den deutschen Arbeitern solidarisch erklären. (Leb. Zustimmung bei den Soz.) Rechnet Herr Lewald zu den Segnungen deutscher Gesetze auch das preussische Dreiklassenwahlrecht? (Sehr gut! bei den Soz.) Soweit wir gute Gesetze haben, werden sie reaktionär durchgeführt. Die Personen, denen wir das Recht auf Einbürgerung geben wollen, werden in anderen Kulturländern niemals zurückgewiesen. Zuerst waren in der Kommission auch die Nationalliberalen für unseren Antrag, dann gegen ihn, vielleicht sind sie jetzt doch wieder für ihn! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie unsere Anträge jetzt nicht annehmen, so werden schließlich Jahrzehnte vergehen, ehe Deutschland in gleicher Reihe mit den anderen Kulturstaaten stehen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brüning (Soz.): Auch in dem neuen Gesetz, das wir endlich nach 20 Jahren bekommen, heißt es immer nur, ein Ausländer „kann“ die Staatsangehörigkeit erwerben. Damit wird alles bleiben wie bisher, Wohngebäude werden leicht naturalisiert werden, Arbeitern wird es abgelehnt werden, namentlich wenn sie sich gewerkschaftlich oder politisch in unserer Partei betätigen. Sie sollten das verhindern, indem Sie unseren Anträgen zustimmen.

Abg. Bernstein (Soz.): Der Geheimrat Lewald hat auf die Zurückweisung einiger Einwanderer durch die Vereinigten Staaten hingewiesen. Dort bestehen aber bestimmte Vorschriften dafür, nicht etwa freies Ermessen des Kommissars. Außerdem handelt es sich hier um etwas Anderes, nämlich um die Einbürgerung von solchen, die im Lande leben und ihre Existenz haben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Quare (Soz.): Gerade die christlichen Arbeitervereine, die mit Herrn Weder in Verbindung stehen, verhindern die Hebung ausländischer Arbeiter, indem sie sich von der Verbindung der deutschen Arbeiterbewegung zurückhalten. In Frankfurt a. M. wurden Lederarbeiter, die gezwungen wurden, Arbeiterkarten von der Feldarbeiterzentrale zu lösen, gefragt, wenn sie sich an irgend einer Lohnbewegung gegen die Prinzipale beteiligten, so würden sie ausgewiesen werden. Kollege Weder möge sich die Konsequenzen dieses Vorgehens überlegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Weder-Arnberg (Ztr.): Die Ausreisungspraxis wegen gewerkschaftlicher Betätigung ist in den letzten Jahren eine andere geworden. (Leb. Widerspruch b. d. Soz.) Wäre man den Ausländern das Recht auf Einbürgerung geben, so würde das Mißstände herbeiführen, die wir nicht wünschen. Deshalb müssen wir uns mit dem diskretionären Ermessen der Behörden abfinden. (Beifall im Ztr.)

Abg. Wolfenbühl (Soz.): Wegen Streikbruchs ist noch nie ein Ausländer ausgewiesen worden, wohl aber viele wegen Abmahnung von solcher Unfolgsamkeit. Wie kann also unser Antrag Deutschland mit Unbescholtenen durch Ausländer bedrohen? Auf Ellisland werden viele Verbrecher und unruhige Elemente zurückgewiesen, aber auch angeworbene Streikbrecher, während bei uns die Regierung den Streikbrecherimport organisiert. Dem Ministerialdirektor erwidere ich, daß in Amerika niemals Ausländer, die jahrelang dort gelebt und sich nichts zuzuschulden haben kommen lassen, von der Einbürgerung ausgeschlossen werden. Die Beschäftigungsgesetze gelten wohl in großen und ganzen auch für die Ausländer, aber von Konfessionsrecht dürfen diese niemals Gebrauch machen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. v. Nischhofen (nat.): Die nordamerikanischen Einwanderungsgesetze richten sich gegen die Slawen; die können wir auch nicht brauchen.

Abg. Sachse (Soz.) weist die Behauptung des Abg. Weder zurück, daß beim Vorbruch des Bergarbeiterstreiks die ausländischen Arbeiter die Streiksituation bedroht hätten. Die Aufregung kam nur daher, daß behauptet wurde, die Lebener-Kommission sei von den Unternehmern bestochen worden.

Abg. Weder (Zentr.): Eine Schmeichelei für Herrn Sachse war das Benehmen der Ausländer nicht.

§ 7 wird in der Kommissionsfassung angenommen, der sozialdemokratische Antrag im Punkte mit 148 gegen 115 Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen abgelehnt.

§ 7a bestimmt, daß gegen jede Einbürgerung jeder Bundesstaat Bedenken erheben kann, worüber der Bundesrat entscheidet. Die Sozialdemokraten beantragen Erleichterung dieser Bestimmung, evtl. sollen nur die Bundesstaaten, in denen der Betreffende gewohnt hat, Bedenken erheben können.

Abg. Landsberg (Soz.): Ist denn die bisherige Freiheit der Bundesstaaten, Ausländer einzubürgern, dem Reich gefährlich geworden? Wenn wirklich, wie Herr Weder behauptete, einzelne Bundesstaaten allzu leicht Einbürgerungen vorgenommen haben sollten, so stehen dem zahlreiche Mißbräuche in Preußen gegenüber. Die Regierung verspricht, daß in Preußen Einbürgerungsanträge nicht mehr aus konfessionellen Gründen abgelehnt werden sollen, aber die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes beweist, was wir von feierlichen Regierungserklärungen zu halten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was nützt es da, wenn die Geschädigten nach langer Zeit beim Oberverwaltungsgericht Recht bekommen? Was geht es Preußen an, wenn jemand in Sachen gerieht hat und in Bayern eingebürgert werden soll? Unser Eventualantrag entspricht einem Antrag des Zentrums in der Kommission, wir erwarten also seine Annahme. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.): Die vielen Reden der Sozialdemokraten halten nur die Geschäfte des Reichstags auf. Ausländer, die dem Reich schädlich werden könnten, sollen nicht eingebürgert werden.

Abg. Dr. Neumann-Soser (Bpt.) sieht in dem § 7a eine Einschränkung der Selbständigkeit der Bundesstaaten und stimmt daher für seine Version dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Ministerialdirektor Lewald: Die Entscheidung des Bundesrats gewährleistet die Wahrung der Rechte der Bundesstaaten.

Abg. Bernstein (Soz.): Die bisherige Einbürgerungsfreiheit der Bundesstaaten hat zu keinerlei Mißständen geführt, warum also dieses Mißtrauensvotum?

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 7a in der Fassung der Kommission angenommen.

Nach § 8 muß die Witwe oder geschiedene Ehefrau eines Ausländers, die zur Zeit ihrer Eheschließung eine Deutsche war, auf ihren Antrag von dem Bundesrat, in dessen Gebiet sie sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, wenn sie den für den Ausländer vorgeschriebenen Erfordernissen entspricht.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, daß diese Einbürgerung auf Antrag der Frau auch ihren minderjährigen mit ihr in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindern gewährt werden muß.

Abg. Landsberg (Soz.): Das Recht auf Einbürgerung, das einer ehemals Deutschen im § 8 gewährt wird, wird an ihre Unbescholtenheit gebunden; sie soll erst ein Unbescholtenheitsattest beibringen. Das will unser Antrag befeitigen. Weiter fordert unser Antrag, daß die Frau auch für ihre minderjährigen Kinder den Antrag auf Einbürgerung stellen dürfen soll, und daß ihm Folge gegeben werden muß.

Geheimrat Casper und Geheimrat Lewald wenden sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Er wird abgelehnt und § 8 angenommen.

§ 8b bestimmt: Ein Ausländer, der mindestens ein Jahr wie ein Deutscher im Heere oder in der Marine aktiv gedient hat, muß auf seinen Antrag von dem Bundesstaate, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, wenn er den für Ausländer vorgeschriebenen Erfordernissen entspricht.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, diese Einschränkung zu streichen.

Abg. Landsberg (Soz.): Auch hier handelt es sich um eine Reihe einschränkender Bestimmungen, z. B. wird die Unbescholtenheit erfordert. Hat der Betreffende im Deutschen Heere gedient, so muß er auch als Deutscher gelten. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 8b wird angenommen.

Abg. Hansen (Däne) beantragt, die Einfügung eines neuen § 8c, wonach ein Staatenloser, der im Reichsgebiet als Kind eines dänischen Wohnhaften mit einer Deutschen verheirateten Ausländerin geboren ist, von dem Bundesstaate seiner Geburt eingebürgert werden muß, wenn er dies ein Jahr nach erreichter Volljährigkeit beantragt. In Nordschleswig gibt es etwa 2000 solcher Staatenloser, die alle im Inland geboren sind und deutsche Schulen besucht haben. Die Verfolgungen der Staatenlosen, die früher vielfach ohne jeden Grund ausgewiesen wurden, haben neuerdings etwas nachgelassen, aber wir haben keine Gewißheit, daß sie bei Annahme dieses Gesetzes nicht wieder aufgerufen werden wird. (Zustimmung b. d. Soz.)

Geheimrat Lewald: Es handelt sich nicht, wie es nach diesen Ausführungen scheinen könnte, um zahlreiche Mißstände, sondern um sehr wenige Fälle, die dadurch zahlreicher werden, daß sie immer wiederholt werden.

Geheimrat Minke: Die Staatenlosigkeit in Nordschleswig ist eine Folge der früheren dänischen Verheerung, die den im Inland geborenen Kindern von Dänen die dänische Staatsangehörigkeit nicht gab.

Abg. Bernstein (Soz.): Der Antrag Hansen verlangt nichts, als das einfache Naturrecht. Die Regierung sollte nicht erst diplomatische Verhandlungen bedürfen, um diese 2000 Staatenlosen germanischen Stammes ohne weiteres in Deutschland aufzunehmen. Den Grundlag der französischen Revolution sollte man hochhalten: Es ist Unterdrückung, wenn es auch einem Einzelnen gegenüber geschieht. (Sehr gut! bei den Soz.) Es wäre eine Ehrenpflicht Deutschlands, durch einen Akt der Hochherzigkeit diese Sache ein für allemal zu beseitigen. (Bravo! bei den Soz.)

Der Antrag Hansen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Elsäßer und Dänen abgelehnt.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr. (Vorher kurze Anfragen, nachher Interpellation Albrecht, betreffend Eisaf-Bohrungen.)

Die neuen Steuergesetze in der Budgetkommission.

Die Beratung der neuen, mit der Militärauflage zusammenhängenden Steuergesetze wurde am Donnerstag von der Kommission in Angriff genommen. Zunächst wird der Weibetragsberaten werden. Die Regierungsvorlage fordert bekanntlich eine einmalige Abgabe von 100 vom Hundert der Personen, die zu Einkommen von über 1000 M. haben, sind ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens vom Bundesrat zu erheben. Die Anträge der bürgerlichen Parteien dazu stellen sich gestern mit:

Graf Westarp als Berichterstatter wünschte, daß mit dem § 1 eine Steuerabgabe verbunden wird. Staatsminister Dr. S. gab die Erklärung ab, daß die Regierung an die Weibetrags-

Volung einer einmaligen Abgabe nicht den... Er bitte darum, von der Regierungsvorlage sich nicht weit zu entfernen.

Table with 2 columns: Income ranges (e.g., 30 000-50 000 M.) and corresponding percentages (e.g., 0,1 v. H.).

Bei den in § 11, § 11a und § 12 genannten Beitragspflichtigen, die ein Einkommen von mindestens 10.000 M. haben, muß der Beitrag ohne Rücksicht auf Vorhandensein und Höhe des Vermögens mindestens betragen bei Einkommen von: 10 000-50 000 M. 2,0 v. H.

c) als besonderen Ubfag einzufügen: Personen mit Vermögen bis zu 50.000 Mark, deren Jahres-einkommen 3000 Mark nicht übersteigt, sind vom Wehrbeitrag freist.

Genosse David betonte, der Wehrbeitrag werde von den Sozialdemokraten begrüßt, weil dadurch zum ersten Male mit dem Prinzip der Anteile für militärische Ausgaben gebrochen wird.

Abg. Erzberger kritisierte die Regierungsvorlage, die die großen Vermögen geradezu unglaublich schonen wolle. Das verstehen die Volksmassen nicht.

Abg. Fischer erklärte, die Volksparteier treten für den Wehrbeitrag ein, aber begeistert seien sie nicht davon. Es müssen aber Steuern geschaffen werden, damit die Steuer-drückheber auch geteilt werden können.

Schafstreckler läßt glauben, daß der Steuerertrag aus dem Einkommen viel niedriger sein werde, als allgemein geglaubt wird.

Abg. Wehring forderte, daß etwaige Ueberlässe aus dem Wehrbeitrag bis 1920 für die Veteranen und dann für die Wohnungsfürsorge verwendet werden sollen.

Abg. Wehring schloß vor, daß eine Subkommission gemeinsam mit der Regierung Ertragsberechnungen anstellt, nachdem vorher die Regierung ihr Material vorgelegt und die Kommission im Prinzip den § 1 genehmigt hat.

Genosse Südekum betonte, mindestens 1000 Millionen müßten herausgeholt werden. In den angetragenen Ertragsberechnungen sind die Erträge aus dem persönlichen Vermögen nicht mit einbezogen.

- a) bis zur Höhe von 100 Millionen Mark einem Fonds für Veteranenfürsorge;
b) der weitere Ueberschuß bis zu 100 Millionen Mark für Säuglings- und Mutterkürsorge;
c) der weitere Ueberschuß bis zu 100 Millionen Mark für Förderung der Volksgesundheit;
d) der weitere Ueberschuß bis zu 100 Millionen Mark für Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues;
e) ein weiterer Ueberschuß der Erforschung und Bekämpfung von Tier- und Pflanzenkrankheiten.

Abg. Erzberger betonte gegen die Berechnungen der Regierung, daß die Abgabe von den Aktiengesellschaften eine weit höhere Summe bringen muß, besonders wenn die im Besitze von Ausländern befindlichen Aktienemogien gebührend herangezogen werden; ebenso werden aus dem Einkommen viel höhere Beträge zu erzielen sein.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschloßen, daß nachmittags eine Subkommission mit dem Schafstreckler die vorliegenden Entwürfe durchsprechen soll. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt werden.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 10-1 Uhr. Schriftliche Zuschriften sind nur an demselben Tage zu empfangen.

H. E. Oppeln. Uns find Geschäfte, die Nähmaschinen au 14 Tage gegen eine Gebühr leihen, nicht bekannt.

Wach Dels. Der Kohl mit den langen Arbeitzeiten in den Sozialdemokratischen Konsumvereinen ist schon sehr alt. Aber trotzdem wird er immer wieder ausgewärmt.

Ein heliker Zwist auf offener Straße spielte sich gestern hier ab. Wie es schien, hatte die alte Geschichte - ewige Knappheit im Haushalt trotz aller Beschränkung - bei dem noch jungen Paar in dieser ungeeigneten Umgebung zur Explosion geführt.

Schwere Zeiten sind es, in denen wir leben, besonders schwer für die Hausfrau, die bei den gewaltig hohen Preisen für fast alle Nahrungsmittel immer noch mit demselben Wirtschaftselb auskommen soll.

Die Lieblingsmarke aller Seifen im wahren Sinn des Wortes ist die Sunlight Seife. Alle Schrecken des Wäschetages fallen bei ihr wie ein Zauberwort. Ohne langweilige Wäsche, ohne Reiben und Bürsten wird mit ihr eine tadellose, schneeweiße Wäsche erreicht.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

K. Klasse 17. Ziehungstag 29. Mai 1913 Vormittag

Auf jede gegogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St.-M. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 2. Prussian-South German Class Lottery, Class K, May 29, 1913. Includes columns for numbers and prizes.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

L. Klasse 17. Ziehungstag 29. Mai 1913 Nachmittag

Auf jede gegogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St.-M. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 2. Prussian-South German Class Lottery, Class L, May 29, 1913. Includes columns for numbers and prizes.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

M. Klasse 17. Ziehungstag 29. Mai 1913 Nachmittag

Auf jede gegogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St.-M. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 2. Prussian-South German Class Lottery, Class M, May 29, 1913. Includes columns for numbers and prizes.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

N. Klasse 17. Ziehungstag 29. Mai 1913 Nachmittag

Auf jede gegogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr N. St.-M. f. S.) (Nachdruck verboten)

Table of lottery numbers for the 2. Prussian-South German Class Lottery, Class N, May 29, 1913. Includes columns for numbers and prizes.